



- 3 **Haft als
Einschüchterung**
- 5 **Inhaftierung von
Kindern**
- 9 **Der Wille soll
gebrochen werden**
- 17 **Raub von Land und
Hoffnung**
- 20 **Siedlungs-
marketing durch
Lev Haolam**
- 24 **Apartheidanalyse**
- 26 **IHRA-Definition:
bedingt brauchbar**
- 27 **AFZ: eine dynami-
sche Kampagne**

Editorial

Hier ist es, nach zwei Jahren in unserem Hinterkopf, das Palästina-Info in neuer Gestaltung. Wir freuen uns sehr über das elegante, frische Erscheinungsbild.

Anstatt wie sonst kurz den Inhalt zu umreißen, sei aus diesem Anlass mehr über die Entstehung verraten. Wir sind ein motiviertes ehrenamtliches Redaktionsteam mit aktuell drei Frauen und drei Männern. Von einzelnen Artikeln ausgehend, definieren wir für jede Nummer einen Schwerpunkt – diesmal das Thema Gefangene. Wir bemühen uns um unterschiedliche Textformate, von Kurzmeldungen über Recherchen und Interviews zu künstlerischen Beiträgen. Anregungen von Leser:innen sind willkommen.

Hinter dem fertigen Produkt stehen eine Reihe von zum Teil bezahlten, zum Teil ehrenamtlichen Mitwirkenden: die beiden neuen Grafiker Maxim und Yves, diverse Übersetzer:innen und Revisor:innen und alle Helfer:innen beim Versand.

Wir gendern, weil das für ein jüngeres Umfeld selbstverständlich ist und erwartet wird. Das gefällt nicht allen, und manche sehen sich genötigt, deshalb den Bezug der Zeitung abzubestellen. Aber Sprache ist wie Gesellschaft nun mal im Wandel und wir nehmen es gelassen zur Kenntnis.

Auch die Post ist im Wandel, der Einzahlungsschein gehört der Vergangenheit an und neu gilt der QR-Code. Wir hoffen, dass dies nicht zu grösseren Einbrüchen bei den Spenden führt. Denn eure Spenden sind weiterhin sehr willkommen und wir bedanken uns ganz herzlich dafür. Sie erlauben nicht nur, die Druck- und Versandkosten der Zeitung zu decken, sondern auch die Mitfinanzierung der politischen Arbeit im Interesse der Durchsetzung der palästinensischen Rechte, insbesondere durch die BDS-Kampagne.

Wir sind textlastiger geworden, im Vergleich zu den ersten beiden Nummern, die 2004 herausgekommen sind. Vielleicht ein Fehler von Leuten, die glauben, etwas zu sagen zu haben. Wir hoffen aber, dass das, was wir schreiben, Hand und Fuss hat und für unterschiedliche Geschmäcker etwas dabei ist.

Am 6. September gibt es die Möglichkeit, mit uns im Unternehmen Mitte in Basel, Safe-Raum, bei einem Apéro, gefolgt von einer Vorführung des Films «Geisterjagd» von Raed Andoni, auf die neue Zeitung anzustossen. Wir freuen uns über rege Beteiligung.

Wir wünschen eine gute Lektüre
Jenny H., Birgit, Jonas, Hanspeter, Andrea, Jenny B.

Palästina-Info Sommer 2022
Auflage: 2800 dt., 700 frz.

Herausgeberin:
Palästina-Solidarität Region Basel,
Mattweg 25, 4144 Arlesheim
www.palaestina-info.ch
info@palaestina-info.ch



IBAN CH31 0900 0000 4075 6856 2

Gestaltung: Maxim Staehelin & Yves Graber
Druck: Print Media Works GmbH Schopfheim

Haft als systematischer Einschüchterungsversuch

Ein Gedicht, studentischer Widerstand, Hungerstreik und massive medizinische Vernachlässigung. Die folgenden beiden Seiten beinhalten vier Porträts von Palästinenser:innen – von ihrem vielfältigen Widerstand und ihren Erfahrungen in Israels Gefängnisssystem.

Dareen Tatour

«Widerstehe, mein Volk, widerstehe ihnen», heisst das Gedicht, für dessen Veröffentlichung¹ Dareen Tatour im Oktober 2015 von der israelischen Polizei verhaftet wird. Der Vorwurf: Anstiftung zu Gewalt und Unterstützung einer Terrororganisation. Der Youtube-Film, in dem Tatour das Gedicht liest, ist unterlegt mit Videos von Zusammenstössen zwischen Palästinenser:innen und israelischen Soldat:innen. Die Anklageschrift erwähnt auch einen Status sowie ein Profilbild auf Facebook: Dareen Tatour teilte ein Foto der am 9. Oktober 2015 von israelischen Soldaten angeschossenen Palästinenserin Israa Abed sowie ein Profilbild mit den Worten «Ich bin die nächste Märtyrerin» – Letzteres in Solidarität mit denjenigen, die gegen die Ermordung eines 16-jährigen palästinensischen Jungen im Jahr 2014 protestierten. Sie verbringt anschliessend mehr als zwei Jahre im Gefängnis sowie unter Hausarrest, ausgestattet mit einer elektronischen Fussfessel. International sorgt ihr Fall für Aufsehen. Der Autor:innenverband PEN International spricht sich für ihre Freilassung aus. In der Gerichtsverhandlung versucht die Staatsanwaltschaft, zu beweisen, dass Tatour keine legitime Dichterin sei, und diskutiert die – fehlerhafte – Übersetzung bestimmter Passagen ihres Gedichts ins Hebräische. Im Sommer 2018 verurteilt ein israelisches Gericht Dareen Tatour schliesslich unter Missachtung jeglicher Prinzipien freier Meinungsäusserung zu einer Freiheitsstrafe von fünf Monaten, von denen sie aufgrund der bereits verbüsst Zeit zwei absitzen muss. Nach 42 Tagen wird sie am 20. September 2018 aus der Haft entlassen und sagt: «Es reut mich, wegen eines Gedichts ins Gefängnis gekommen zu sein, aber man wird mich unmöglich am Schreiben hindern können.»

Shatha Taweel

In der Nacht des 2. November 2020 stürmen teilweise maskierte Mitglieder der israelischen Armee Shatha Taweels Haus in Al-Bireh. Sie legen der Informatik-Studentin Handschellen an, verbinden ihr die Augen und bringen sie im Laufe der Nacht an zwei ihr unbekannte Orte. Sie wird von Soldatinnen gegen eine Wand gestossen und verhöhnt, indem sie ihr verbieten, die Tür beim Toilettengang zu schliessen. Am frühen Morgen wird sie im Ofer-Gefängnis von einem Beamten mehrere Stunden unter Androhung von Folter und Misshandlung zu ihren Aktivitäten in der Studierendenvereinigung der Universität Birzeit verhört. Vorwürfe im Zusammenhang mit diesen Aktivitäten sind dann auch der Inhalt der Anklageschrift gegen Shatha Taweel. Diese ist identisch mit der Anklageschrift gegen eine andere inhaftierte Studentin derselben Universität – beide werden beschuldigt, in einer identischen Funktion der gleichen «verbotenen» Studierendenvereinigung anzugehören. Sogar der Name der anderen Inhaftierten, nicht der von Shatha Taweel, ist im Dokument. Shatha Taweel bestreitet die Vorwürfe wiederholt und nach Bemühungen ihres Anwalts wird eine geänderte Liste von Vorwürfen vorgelegt: Mitgliedschaft und Leitungsfunktion in der verbotenen linksgerichteten Studierendenvereinigung «Progressive Democratic Student Pole» sowie Teilnahme an Treffen der Organisation. Am 20. Mai 2021, nach fast sieben Monaten Haft und Gerichtsverfahren, wird Shatha Taweel zu 14 Monaten Gefängnis, 16 Monaten Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe verurteilt. Sie kommt am 5. Dezember 2021 nach vollständig abgesessener Haftstrafe frei.

Hisham Abu Hawash

141 Tage harrt der palästinensische Bauarbeiter, fünffache Vater und politische Aktivist Hisham Abu Hawash im Hungerstreik aus. Als er diesen am 4. Januar 2022 beendet, wiegt er noch 38 Kilogramm und war mehrmals im Koma. Mit der Nahrungsverweigerung protestiert er gegen seine Administrativhaft ohne absehbares Ende, eine Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren und Anklage. Der israelische Geheimdienst behauptet, er sei Mitglied des Islamischen Dschihad. Belege dafür hat Israel aber keine und auch eine Anklage bleibt aus. Die Administrativhaft wird dennoch – während seines Hungerstreiks – erneut verlängert. Zahlreiche Proteste der palästinensischen Bevölkerung sowie der Druck internationaler Organisationen führen schliesslich zur Einigung zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde, Hisham Abu Hawash freizulassen. Israel besteht jedoch darauf, ihn aus dem Spital in seine Zelle zurückzubringen, bis der Zeitraum seiner Inhaftierung beendet ist. Ende Februar 2022 kommt er schliesslich frei – bis sich sein Körper erholt, wird es jedoch noch Monate, wenn nicht Jahre dauern.

Eyad Hrebat

Eyad Hrebat ist ein 19-jähriger Student, als er im September 2002 verhaftet wird. Er wird beschuldigt, als Teil der al-Aqsa-Märtyrerbrigaden, des bewaffneten Arms der Fatah, zu Gewalt gegen die israelische Armee aufgerufen zu haben. Er wird zu lebenslanger Haft verurteilt. In den letzten knapp 20 Jahren erfährt er so massive Folter und medizinische Vernachlässigung, dass er sich mit 39 Jahren in einem kritischen Gesundheitszustand befindet und auf ein Beatmungsgerät angewiesen ist. Eyad Hrebat muss mehrfach operiert werden, nachdem ihm eine unbekannte Substanz injiziert wurde. Die Injektion hatte zu Gedächtnisverlust und vollständiger Lähmung geführt – möglicherweise ausgelöst durch eine bakterielle Infektion von einer verunreinigten Spritze. Die Infektion breitet sich bis in seine Lunge aus. Durch die jahrzehntelange systematische Misshandlung sind seine Fähigkeit zu sprechen und sich zu bewegen beeinträchtigt und er wiegt fast 70 Kilogramm weniger als zu Haftbeginn. Eyad Hrebats Familie erhält kaum Informationen zu seinem Gesundheitszustand oder Aufenthaltsort. Besuche werden meist verweigert. Zuletzt wird er in einem Krankenhaus in Beer Sheba wegen einer Prostataentzündung behandelt. Obwohl der Arzt der Familie mitteilt, dass Eyad Hrebat noch drei bis vier Monate zur Behandlung bleiben müsse, verlegt ihn die Gefängnisbehörde in die Gefängnisklinik Ramla. Diese ist unter palästinensischen Gefangenen als «Schlachthof» bekannt, was auf die Misshandlungen hinweist, denen sie dort ausgesetzt sind. Wie es ihm derzeit geht, weiss seine Familie nicht.

1 www.youtube.com/watch?v=R1qn1N1WUAA.

Quellen

Dareen Tatour:

- www.pen.org/advocacy-case/dareen-tatour
- www.addameer.org/news/incriminating-poetry-case-dareen-tatour
- freehaifa.wordpress.com/2016/04/16/poetic-injustice-free-palestinian-poet-dareen-tatour/

Shatha Taweel:

- www.addameer.org/prisoner/4646

Hisham Abu Hawash:

- www.trtworld.com/magazine/battle-of-empty-stomachs-a-timeline-of-key-palestinian-hunger-strikes-53333
- www.tagesschau.de/ausland/asien/hisham-abu-hawash-101.html
- www.swissinfo.ch/eng/palestinian-prisoner-ends-141-day-hunger-strike--officials/47238102
- www.haaretz.com/israel-news/twilight-zone/.premium.HIGHLIGHT.MAGAZINE-he-survived-a-141-day-hunger-strike-in-israeli-custody-he-would-do-it-again-1.10653109

Eyad Hrebat:

- www.coremiddleeast.com/palestinian-prisoners-in-israeli-jails-face-a-point-of-no-return/

Systematische Einschüchterung und Terrorisierung palästinensischer Kinder

Die routinemässige Verhaftung palästinensischer Kinder ist Teil einer Strategie, die gesamte Bevölkerung in Schach zu halten und einzuschüchtern. Dabei werden die von den Vereinten Nationen definierten Kinderrechte ebenso ignoriert wie korrekte strafrechtliche Verfahren.

Amal Nakhleh war erst 17 Jahre alt, als er am 21. Januar 2021 in seinem Haus im Flüchtlingslager al-Jalazone verhaftet wurde. Amal wurde in Administrativhaft genommen. Diese erlaubt den israelischen Behörden, Palästinenser:innen in Gefängnissen zu verwahren, ohne sie einem Gerichtsverfahren oder einer Verurteilung zu unterziehen. Trotz seines jungen Alters und einer seltenen Autoimmunerkrankung haben die israelischen Behörden ihn seitdem in Haft behalten. Bis zum heutigen Tag wurde die Verhaftung nicht begründet und es wurde keine Anklage erhoben. Allein gestützt auf die Behauptung, er stelle «ein Sicherheitsrisiko» dar, befindet sich Amal seit mehr als einem Jahr in Haft.

Amal ist kein Einzelfall. Allein zwischen 2000 und 2015 haben die israelischen Militärbehörden fast 8500 palästinensische Kinder festgenommen, verhört, strafrechtlich verfolgt und inhaftiert. Nach Angaben des palästinensischen Ablers von Defense for Children International (DCIP) verhaftet das israelische Militär jedes Jahr etwa 500 bis 700 palästinensische Kinder. Einige von ihnen sind noch nicht einmal zwölf Jahre alt. Seit 2012 hält Israel jeden Monat durchschnittlich 200 palästinensische Kinder in Gewahrsam. In den Haftanstalten sind sie einer Vielzahl diskriminierender Gesetze unterworfen. Bei den Verhören durch israelische Polizei und Sicherheitsdienste werden die Kinder regelmässig misshandelt, bedroht und isoliert. Die von Israel für die Verhaftung vorgebrachte Begründung, die Kinder stellten eine «Sicherheitsbedrohung» dar, ist nur ein Vorwand. Vielmehr wird die Inhaftierung systematisch dazu eingesetzt, die palästinensische Bevölkerung und insbesondere die Kinder einzuschüchtern. Grundlage für diese Praxis der

israelischen Sicherheitsbehörden ist das Militärdekret 1651. Es regelt die Art und Weise, wie Palästinenser:innen inhaftiert, verhört und vor israelischen Militärgerichten verurteilt werden.

Nicht alle Menschen, die in den von Israel kontrollierten Gebieten leben, unterstehen den gleichen Gesetzen. In der Praxis gibt es im Westjordanland zwei Rechtssysteme: Palästinenser:innen werden nach israelischem Militärrecht und israelische Siedler:innen nach israelischem Zivilrecht verurteilt. Palästinenser:innen aus Ostjerusalem werden meist vor israelischen Zivilgerichten verurteilt, können aber auch der Autorität von Militärgerichten unterstellt werden, während palästinensische Bürger:innen Israels vor israelischen Zivilgerichten verurteilt werden. Das schafft eine völkerrechtswidrige Ungleichbehandlung vor dem Gesetz, die vor allem die im Westjordanland lebenden Palästinenser:innen massiv benachteiligt.

1700 Militärdekrete

Seit der Besetzung des Westjordanlandes und Gaza-Streifens 1967 hat das israelische Militär durch die Befehlshaber seiner «Verteidigungskräfte» über 1700 Militärdekrete zur Verwaltung des besetzten Gebiets erlassen. Diese regeln unterschiedliche Themen wie Eigentumsrechte, Bewegungsfreiheit, Festnahmen, Inhaftierungen, Verhöre und Gerichtsverfahren von Palästinenser:innen. Das 2009 erlassene Militärdekret 1651 stellt die rechtliche Basis für Festnahmen, Inhaftierungen und Verhöre, aber auch Verurteilungen und das Strafmass dar. Es ist bezeichnend für die im Westjordanland herrschenden Machtverhältnisse. Durch die Militärgerichte und das Militärgesetz wird die palästinensische Bevölkerung unter Besatzung für die Ausübung ihrer zivilen und politischen Rechte kriminalisiert und gezielt eingeschüchtert.

Militärdekret 1651 ist auch massgeblich für die Rechte von Kindern, da das Mindestalter für ihre Straf-mündigkeit darin auf zwölf Jahre festlegt ist. Jedes palästinensische Kind ab zwölf Jahren kann also festgenommen, verhört und inhaftiert werden. Daneben werden von den israelischen Streitkräften aber auch Kinder unter diesem Alter ohne rechtliche Grundlage festgenommen, verhört und dann wieder freigelassen. Im Wesentlichen ermöglicht das Militärdekret die Inhaftierung und Befragung palästinensischer Kinder unter dem häufig genannten Vorwand des Schutzes der «öffentlichen Ordnung und Sicherheit». Diese Verhaftungen sowie die Vorgehensweise der Militärgerichte sind Teil der Gewalt, der palästinensische Kinder ständig ausgesetzt sind.

DCIP hat mehrere Fälle dokumentiert, in denen Kinder während ihrer Verhaftung Formen körperlicher Gewalt ausgesetzt sind. Oft werden sie in den frühen Morgenstunden zu Hause mit übermässiger Gewaltanwendung festgenommen. Nach israelischem Militärrecht besteht zudem keine gesetzliche Verpflichtung, dass die Eltern bei den Verhören ihrer Kinder anwesend sein müssen. Damit sollen die inhaftierten

Kinder gezielt isoliert und eingeschüchtert werden, um sie unter Zwang zu falschen Geständnissen zu bringen. Bei Verhaftung, Verhören und dem Transport in die Gefängnisse werden die Kinder regelmässig mit Zwang festgehalten. Physische und psychische Gewalt, beispielsweise während der Verhöre oder durch das Verbot von Familienbesuchen, stellen nach internationalem Recht eine Form von Folter dar. So werden verhafteten palästinensischen Kindern systematisch ihre Rechte vorenthalten und sie werden von ihren Gemeinschaften isoliert.

In diesem Rahmen kann nur ein kleiner Einblick in die Lage der von Israel inhaftierten palästinensischen Kindern gegeben werden. Er zeigt aber, dass das israelische Militär palästinensischen Kindern systematisch Gewalt und Schmerz zufügt und die Inhaftierung von Kindern zu einer Taktik der israelischen Besatzung geworden ist. So im erwähnten Fall von Amal Nakhleh. Seine durch die Autoimmunkrankheit ausgelösten Atemprobleme führen dazu, dass er auch angesichts von Covid-19 einem besonderen Risiko ausgesetzt war. Nach seiner Infizierung mit dem Virus im Januar 2022 haben UNICEF, OHCHR und UNRWA einmal mehr seine Freilassung gefordert, bisher jedoch ohne Erfolg.

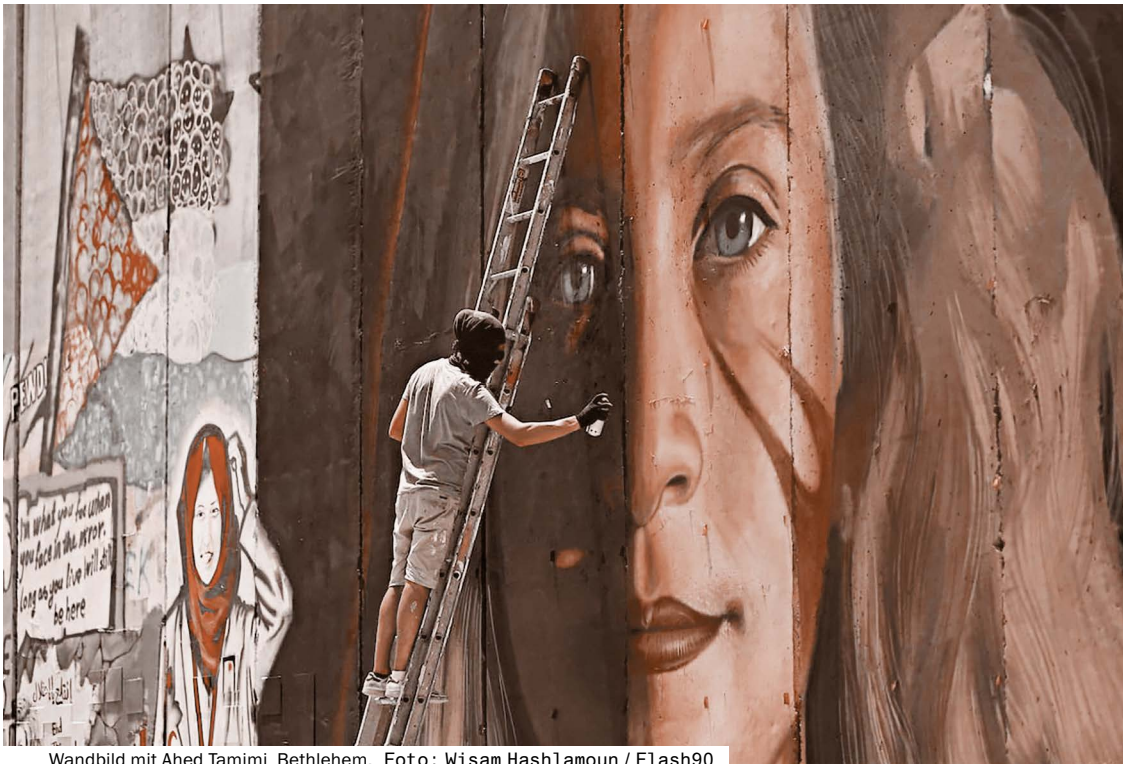
Der Zweck der israelischen Strafmassnahmen besteht nicht nur darin, Kinder zu inhaftieren. Es soll eine Realität geschaffen werden, in der die gesamten Kindheitserfahrungen junger Palästinenser:innen durch die israelischen Praktiken des Freiheitsentzugs beeinflusst und geprägt werden. Sie sollen in Angst leben, jede Chance auf eine «normale» Kindheit soll ihnen verwehrt werden.

Angesichts dieser israelischen Strafverfolgungspraxis bedarf es einer breiten, starken Mobilisierung zur Unterstützung der betroffenen Kinder. Damit der Inhaftierung von Kindern durch das im Westjordanland herrschende Militärregime Einhalt geboten werden kann, muss die internationale Boykottkampagne gegen Israel ausgeweitet und der Siedlerkolonialstaat weiter isoliert werden. Israel muss – sowohl verbal als auch praktisch – als rassistisches Apartheidregime eingestuft werden, das mit allen Mitteln zu bekämpfen ist.

Basil Farraj ist Doktorand in Anthropologie und Soziologie und wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Violence Prevention Initiative am Graduate Institute of International and Development Studies in Genf. Sein Forschungsschwerpunkt liegt auf politischen Gefangenen, ihren Widerstandsformen und den Formen der Gewalt, denen sie ausgesetzt sind.



Wandbild von Künstler Taqi Spateen, Bethlehem. Foto: Hisham K.K. Abu Shaqra / Anadolu Agency



Wandbild mit Ahd Tamimi, Bethlehem. Foto: Wisam Hashlamoun / Flash90





Graffiti von Banksy, Bethlehem. Foto: Ryan Rodrick Beiler / Activestills



Foto: wanderlass. rb.gy/felok5



Der Wille soll gebrochen werden

Das Gefängnisssystem für Palästinenser:innen im Westjordanland, das ausschliesslich der Militärjustiz untersteht und nicht einer Zivilgerichtsbarkeit, dient gezielt der Erpressung und Kontrolle der Bevölkerung. Dasselbe galt vor 1967 für die Palästinenser:innen in Israel und hat sich in den letzten Jahrzehnten nur noch verschärft. Ein Interview mit Sahar Francis, Direktorin der Gefangenenrechtsorganisation Addameer.

Andrea Bregoli Ich möchte mit einer allgemeinen Frage beginnen: Wenn wir über Gefängnisse und Inhaftierungen sprechen, handelt es sich um zentrale Unterdrückungsinstrumente des israelischen Siedlerkolonialismus und Apartheidregimes. Rund eine Million Palästinenser:innen wurde seit 1967 inhaftiert. Das ist fast ein Fünftel der gesamten Bevölkerung. Eine:r von fünf Palästinenser:innen hat also irgendwann im Leben Erfahrungen mit Gefängnis oder Verhaftung gemacht. Was will die Besatzung mit diesen repressiven Methoden erreichen? Was unterscheidet Gefängnis und Inhaftierung von anderen Massnahmen?

Sahar Francis Freiheitsentzug war schon immer ein mächtiges Instrument der Kontrolle der palästinensischen Gesellschaft, um deren politisches Leben einzuschränken, jeden Widerstand gegen die Besatzung durch dieses Kolonialregime seit 1948 zu untergraben und zu beenden. Nach 1967 ging dies weiter, aber auch in der ersten Periode zwischen 1948 und 1966 unterstellte Israel die palästinensische Bevölkerung in Israel einer militärischen Kontrolle und einem System mit Militärdekreten und -gerichten. Von 1966 bis 1999 wurden Palästinenser:innen trotz israelischer Staatsbürgerschaft vor Militärgerichte gestellt. Dieselben Strategien wurden auch nach der Besetzung von 1967 angewandt: Dieses ganze System mit Militärdekreten und Militärgerichten wurde eingeführt, um die Kontrolle über die palästinensische Gesellschaft weiterzuführen.

Ich muss aber präzisieren, dass das derzeitige Militärsystem, das im besetzten Gebiet nach 1967 durchgesetzt wurde, wesentlich ausgefeilter ist

als das, womit Israel angefangen hat. Erneut spiegeln sich darin die Strategien der Kolonialist:innen, die die Kontrolle über das palästinensische Volk behalten wollen, um mit ihrer Kolonisierung fortfahren zu können. Wenn sie diejenigen nicht verhaften, die sich gegen die Besiedlung wehren, die gegen den Abriss von Häusern demonstrieren, die gegen all die Unterdrückung und die Rechtsverletzungen aufbegehren, mit denen wir tagtäglich vor Ort konfrontiert sind, könnten sie mit diesen Rechtsverletzungen nicht fortfahren. Das erklärt, warum jedes Jahr Tausende von Menschen inhaftiert werden. Das betrifft keineswegs nur militante Aktionen, bei denen Israel behauptet: «Wir bekämpfen Terrorismus.»

Nehmen wir zum Beispiel die derzeit 4500 palästinensischen Gefangenen, die in israelischen Gefängnissen sitzen. Etwa 500 oder höchstens 600 sind zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt, was bedeutet, dass sie an militanten Aktionen beteiligt waren und deshalb zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt wurden. Alle anderen wurden zu weitaus geringeren Strafen verurteilt, was bedeutet, dass sie entweder Steine geworfen, illegale Demonstrationen angeführt haben oder Mitglieder illegaler politischer Parteien sind.

Man muss wissen, dass bis heute, fast 30 Jahre nach dem Osloer Abkommen, alle politischen Parteien in Palästina gemäss Militärdekreten immer noch als illegal gelten, einschliesslich der Fatah, der wichtigsten Partei der PLO, die das Osloer Abkommen unterzeichnet hat. Alle Studierendenbewegungen in Palästina sind also illegal. Alle Aktivitäten, die von der Besatzungsmacht als Anstiftung zur Gewalt eingestuft werden – auch das Schreiben von Beiträgen auf Facebook oder in den sozialen Medien –, all diese Tätigkeiten, die gesamten politischen und zivilen Rechte der Palästinenser:innen, werden durch diese Militärdekrete, die das Militärsystem hier immer wieder erlässt, um die Kontrolle zu behalten, gewissermassen illegalisiert.

Im Jahr 2021 stufte Israel sechs palästinensische NGOs als terroristische Organisationen ein. Darunter befinden sich drei Organisationen, die sich für die Rechte palästinensischer politischer Gefangener einsetzen: Addameer, al-Haq und DCIP. Die völlig unbegründete Anklage wurde von verschiedenen UN-Organisationen wie dem UN-Hochkommissariat für Menschenrechte, aber auch von der EU und den USA verurteilt. Erst kürzlich erklärte das Amt für Betrugsbekämpfung der Europäischen Kommission, keine Ermittlungen gegen die sechs NGOs einzuleiten, da die von Israel vorgelegten Beweise «nicht die erforderliche Beweisschwelle erreichen würden». Der Handlungsspielraum der NGOs wurde dennoch stark eingeschränkt.

AB Hat diese Kontrolle irgendeinen Einfluss auf die Inhaftierten? Man kann die Kontrolle als etwas Abstraktes betrachten, aber auf individueller Ebene hat sie eindeutige Folgen.

SF Ja, auf jeden Fall. Diese ganze Zwangsatmosphäre hat letztendlich nicht nur einen Einfluss auf die gesamte Gesellschaft. Es ist vielmehr so, dass das Instrument zunächst gegen Einzelne eingesetzt wird und sich dann auf die gesamte Gesellschaft auswirkt. Auf der individuellen Ebene ist der Prozess der Inhaftierung selbst begleitet von Gewalt und Folter – körperlicher und psychischer Folter.

Die repressive Atmosphäre im Militärgerichtssystem, in den Prozessen selbst, ist sehr angespannt, sehr nötigend. Man wird durch Folter oder aus Hoffnungslosigkeit, weil man sich vom System keine Gerechtigkeit erwartet, dazu gebracht, eine aussergerichtliche Einigung für etwas zu akzeptieren, was man vielleicht getan hat, vielleicht aber auch nicht. Der gesamte Prozess der Inhaftierung – vom ersten Moment der Festnahme zu Hause, wenn sie das Haus stürmen und mit brutaler Gewalt gegen die ganze Familie vorgehen und die verhaftete Person foltern – ist also eine höchst angespannte Situation. Dazu gehören auch psychische und körperliche Folter, Schikane, Beschimpfungen und Misshandlungen, denen die Gefangenen während des Gerichtsverfahrens, während ihrer Verurteilung und durch die Bedingungen im Gefängnis ausgesetzt sind. Ich würde also sagen, dass die Strategie, die mit den Inhaftierungen verfolgt wird, darin besteht, den Willen der Einzelnen zu brechen.

Sie sollen wirklich gebrochen werden. Deshalb gibt es Fälle wie den von Ahmed Manasra, einem Jungen, der mit 14 Jahren verhaftet und gefoltert und anfangs zu zwölf Jahren Haft verurteilt wurde, die dann auf neun Jahre reduziert wurden. Durch diese Behandlung leidet Ahmed heute an einer posttraumatischen Störung und wird als Reaktion auf damit verbundene Verhaltensweisen in Isolationshaft gehalten. Denn im Gefängnisssystem gibt es keine medizinischen Verfahren, um mit solchen sehr schwierigen Fällen von Folter oder langen Haftstrafen umzugehen. Die einzige Lösung im Gefängnisssystem besteht darin, sie in Isolation zu stecken, anstatt sie freizulassen, damit sie draussen angemessen behandelt werden können. Der Fall Ahmed spiegelt sehr gut wider, wie sehr sich die Erfahrung der Inhaftierung auf den Einzelnen auswirken kann.

Natürlich erleiden nicht all die Tausenden palästinensischen Gefangenen solche schwerwiegenden Traumata. Aber es gibt eine lange Reihe anderer Krankheiten, die Gefangene entwickeln, wenn sie lange Zeit in solchen Gefängnissen sitzen, in denen es keine angemessene Gesundheitsversorgung gibt. Die Lebensbedingungen sind dort

generell nicht besonders gut. Man kann sich also vorstellen, wie schlecht es um die Gesundheit der Gefängnisinsass:innen bestellt ist.

Addameer (arabisch für Gewissen) ist eine palästinensische Menschenrechtsorganisation mit Sitz in Ramallah. Sie wurde 1991 von Aktivist:innen gegründet und stellt politischen Gefangenen kostenfreie Rechtsberatung und juristischen Beistand zur Verfügung. Sie setzt sich damit für die Rechte von Gefangenen in Israel und im besetzten palästinensischen Gebiet ein. Ein weiteres erklärtes Ziel ist es, menschenrechtswidrige Praktiken gegenüber Gefangenen, wie etwa Folter, zu dokumentieren und dazu beizutragen, dass die Verantwortlichen für diese Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft gezogen werden. www.addameer.org

AB Es geht ja nicht nur um die Gefangenen selbst, denn die Tatsache, dass man im Gefängnis war, wirkt sich auch auf die Familie aus.

SF Natürlich. Wenn wir von Hunderttausenden von Palästinenser:innen sprechen, die in all den Jahrzehnten der Besatzung zur Zielscheibe wurden, dann ist das ein riesiger Teil der gesamten Gesellschaft, der von dieser Gefängniserfahrung betroffen ist. Aber wie du beschreibst, geht es nicht nur um den Einzelnen selbst.

Letztlich ist die ganze Familie involviert, weil sie die Gefangenen besucht und an den Gerichtsverhandlungen dabei sein muss. Das alles ist mit einer Menge Demütigungen verbunden. Mit dem Argument der «Sicherheit» werden in diesem Zusammenhang all die Misshandlungen, Demütigungen und kollektiven Bestrafungen erklärt. Davon ist, würde ich sagen, die ganze Familie betroffen. Manchmal wird die Mutter am Eingang des Gefängnisses einer Leibesvisitation unterzogen, wenn sie ihren Sohn besuchen will. Können Sie sich vorstellen, was das für diese Frau bedeutet? Sie muss darauf bestehen, ihren Sohn zu besuchen, auch wenn sie auf so schreckliche Weise gedemütigt wird, indem man sie unter dem Vorwand der Sicherheit einer Leibesvisitation unterzieht, aus Angst, sie könnte ihrem Sohn etwas «Verbotenes» ins Gefängnis bringen.

Das kann all diesen Hunderten von Familienangehörigen täglich passieren, auch indem man ihnen den Besuch verbietet. Sie erreichen das Gefängnis und erhalten dann die Auskunft: «Nein, Sie stellen ein Sicherheitsproblem dar, Sie können Ihren Sohn nicht besuchen.» Die Angehörigen nehmen dafür eine lange Reise auf sich, zehn Stunden Fahrt und Durchsuchungen an den Checkpoints im Westjordanland, bis sie das Gefängnis erreichen. Es ist sehr kompliziert.

Natürlich geschieht auch bei der Verhaftung selbst Ähnliches: das Chaos und die Übergriffe, die sie im Haus begehen, wenn sie alles durchwühlen, dabei Möbel zerbrechen und alles durcheinanderwerfen oder Familienmitglieder manchmal im Winter zwingen, draussen in der Kälte zu warten, oder sie für mehrere Stunden in einen Raum zu zusammensperren, wo sie sich weder bewegen noch sprechen dürfen. Und wenn sie die gesuchte Person nicht finden, nehmen sie deren Vater oder einen der Brüder fest. Wie viel Stress bedeutet das für die ganze Familie! Ja, natürlich, es wirkt sich nicht nur auf die Person selbst aus und nicht nur im Moment. Stellen Sie sich vor, jemand ist 20 Jahre lang in Haft, nicht einmal lebenslanglich, nur 20 Jahre. Wie geht die Familie all die Jahre mit der Situation um? In den 20 Jahren werden die Gefangenen oft zwischen verschiedenen Gefängnissen innerhalb Israels verlegt. Die Familie muss jedes Mal in ein anderes Gefängnis reisen, manchmal ohne vorher informiert zu werden, dass die oder der Gefangene verlegt wurde. Alle palästinensischen politischen Gefangenen haben zum Beispiel bis heute keinen Zugang zu öffentlichen Telefonen in ihren Sicherheitsabteilungen. Das bedeutet, dass man von seiner Familie völlig abgeschnitten ist, wenn man nicht einmal jeden Monat Besuch von Angehörigen bekommt. Sie können ihre Angehörigen nicht anrufen. Sie wissen nicht, wie es ihnen geht und was es Neues gibt. Briefe kommen – bis alle Sicherheitskontrollen im Gefängnis durchlaufen sind – erst nach zwei oder drei Monaten an.

Gemäss eigener Aussage ist **al-Haq** (arabisch für Recht) eine der ersten Menschenrechtsorganisationen in der arabischen Welt. Sie wurde 1979 von Anwält:innen gegründet und dokumentiert Menschenrechtsverletzungen an der palästinensischen Bevölkerung durch Israel und die palästinensische Autonomiebehörde. Mit Öffentlichkeitsarbeit, zum Beispiel Kampagnen gegen die Administrativhaft, versucht al-Haq die eigene Gesellschaft sowie nationale und internationale Akteur:innen für Menschenrechtsverletzungen zu sensibilisieren. Durch Druck hofft man menschenrechtswidrige Praktiken zu beenden und unter Strafe zu stellen.
www.alhaq.org

AB Sie haben die Einstufung in Sicherheitsklassen erwähnt. Die meisten inhaftierten Palästinenser:innen werden als Sicherheitsgefangene eingestuft, oder?

SF Ja, aber die Militärdekrete erlauben den Militärgerichten, auch Fälle zu verfolgen, die nicht als Sicherheitsfälle eingestuft sind. Unter die Zustän-

digkeit der Militärgerichte fallen also verschiedene Kategorien. Dazu gehören all diese «Sicherheitsdelikte», darunter die Störung der öffentlichen Ordnung beispielsweise durch Demonstrationen, das Hissen der palästinensischen Fahne, die Mitgliedschaft in einer politischen Partei – lauter zivile Aktionen, die nicht mit militantem Widerstand verbunden sind. Militante Aktionen werden als terroristische Handlungen eingestuft.

Neben diesen beiden Hauptkategorien gibt es noch die Kategorie der illegalen Einreise nach Israel, beispielsweise durch Arbeiter:innen, die in Israel arbeiten wollen – auch sie können strafrechtlich verfolgt werden. Sie werden im Gefängnissystem von den ersten beiden Kategorien aber völlig getrennt behandelt. Die ersten beiden Kategorien werden als Sicherheitsgefangene eingestuft. Arbeiter:innen, die zum Beispiel wegen unerlaubter Einreise nach Israel inhaftiert sind, werden nicht in der Sicherheitsabteilung untergebracht. Auch normale Straftaten oder Strassenverkehrsdelikte werden nicht als Sicherheitsfälle eingestuft, und trotzdem kann das Militärgericht Palästinenser:innen dafür verurteilen. Sie werden dann in der Straf- und nicht in der Sicherheitsabteilung festgehalten.

Diese fünf Kategorien sagen viel darüber aus, wie das System manipuliert wurde, um die Kontrolle zu behalten. Denn warum sollten Zivilpersonen vor Militärgerichte gestellt werden? Warum werden sie wegen eines Verkehrsdelikts nicht vor einem Zivilgericht angeklagt?

Palästinenser:innen aus Ostjerusalem oder mit israelischer Staatsbürgerschaft müssen sich bei Sicherheitsangelegenheiten vor einem Zivilgericht verantworten. Das Strafgesetzbuch sieht bei Zivilgerichten keine so strenge Unterteilung in Kategorien von Straftaten vor, es gibt aber die Kategorie ideologischer motivierter Straftaten. Wenn man also als Palästinenser:in in eine:n israelische:n Staatsbürger:in ersticht, wird dies als terroristischer Akt eingestuft, weil man ein ideologisches Motiv hat. Das Gefängnissystem hat also seine eigenen Regeln, um diese Gruppen zu klassifizieren und zu unterscheiden. Wenn man aus Ostjerusalem kommt oder die israelische Staatsbürgerschaft hat und in der Anklageschrift von Terrorismus die Rede ist, kommt man auch in die Sicherheitsabteilungen.

Jüdische Israelis, die wegen derselben Taten wie die Palästinenser:innen verhaftet werden, z. B. weil sie Palästinenser:innen angegriffen, verletzt oder getötet haben, kommen nicht in dieselben Abteilungen des Sicherheitstrakts. Sie werden in den regulären Strafabteilungen untergebracht. Vielleicht unterliegen sie einigen Einschränkungen, wie Yigal Amir, der den israelischen Premierminister [Yitzhak Rabin] ermordete. Er sitzt in einer Einzelzelle, aber verglichen mit den palästinensischen Gefangenen, die oft mehrere Jahre, zehn Jahre oder länger, in Isolationshaft gehalten werden,

geniesst er einige Privilegien. Diese Gesetze werden genutzt und neue Gesetze und Verordnungen erlassen, um diese diskriminierende Politik, die dann vor Ort umgesetzt wird, zu legalisieren.

Gefangene in der Isolationshaft sind fast 23 Stunden am Tag eingesperrt, dürfen nur einmal für eine Stunde nach draussen, müssen die ganze Zeit Handschellen tragen und werden ständig kontrolliert. Sogar in der Freizeit werden oft nur die Hände gelöst, während die Beine weiter gefesselt sind. Besuche sind stärker eingeschränkt. In manchen Fällen sind Familienbesuche über Jahre untersagt, in einigen Fällen bis zu drei Jahre.

AB Welche Rolle spielen Beweise in all dem?

SF Das ist unterschiedlich. Bei den Gerichtsverfahren ist es, würde ich sagen, etwas komplizierter und es verändert sich. Verglichen damit, wie diese Militärgerichte in den ersten Jahren der Besatzung gehandelt haben, hat sich etwas geändert. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Die Militärjustiz versucht, die militärischen Verfahren den Entwicklungen im israelischen Strafrecht anzupassen. Es ist aber verzwickelt. Wenn man das System nicht sehr gut kennt und nicht weiss, wie es funktioniert, könnte man glauben, dass es sich weiterentwickelt und wirklich nach internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren und Strafprozesse gearbeitet wird. Als Anwältin, die seit mehr als 25 Jahren in diesem System arbeitet, kann ich aber versichern, dass dies nicht der Fall ist.

Auf Ebene der Beweise werden beispielsweise die Geständnisse der Gefangenen herangezogen. In den meisten Fällen besteht bei den Tausenden von Fällen vor dem Militärgericht der Hauptbeweis aus dem Geständnis der Gefangenen selbst oder anderer Gefangener. Gegen diese Beweismittel spricht schon einmal die Tatsache, dass sie unter Nötigung, Gewalt, psychischer und körperlicher Folter, die während des Verhörs angewandt wurden, entstanden sind. Das hat aber keinen Einfluss darauf, dass diese Geständnisse vor Gericht als Beweismittel angenommen werden. Denn gemäss Militärdekreten und dem israelischen Gesetz ist ein Geständnis, das unter Folter gemacht wurde, nicht automatisch ungültig. Das Gericht kann die Beweise anhören und dann beurteilen, ob es sie akzeptiert oder nicht. In den meisten Fällen kümmert sich das Gericht nicht um die Folter. Wir haben Hunderte, Tausende von Fällen von Folteropfern, die nie untersucht wurden, und niemand wurde wegen der Anwendung von Folter strafrechtlich verfolgt.

Weitere Beweise sind natürlich die Aussagen der Soldat:innen, die beteiligt waren, oder der Siedler:innen, die Zeugenaussagen machen. In

seltenen Fällen werden andere Beweismittel gesammelt, dies vor allem dann, wenn es sich um einen militanten Angriff handelt. Dann werden regulär Beweise gesammelt, es gibt einen forensischen Bericht mit der Waffe, mit Fundstücken oder was auch immer.

Das Problem ist jedoch, dass vor den Militärgerichten über 99 Prozent der Fälle mit einem aussergerichtlichen Vergleich enden. Es gibt keine ordnungsgemässe Untersuchung der Beweise, die vor Gericht gebracht werden, weil die Gefangenen lieber einen Vergleich anstreben, als das Verfahren auszuschöpfen, da sie dem Militärgerichtssystem nicht trauen. Sie wissen, dass sie mit einem Vergleich am besten aussteigen. Andernfalls würden sie höchstwahrscheinlich verurteilt und die Strafe wird noch erhöht, weil sie die Zeit der israelischen Behörden beansprucht und das Verfahren ausgeschöpft haben.

Adalah (arabisch für Gerechtigkeit) wurde 1996 von zwei palästinensischen NGOs gegründet. Anders als die oben genannten Organisationen hat Adalah seinen Sitz im israelischen Haifa und setzt sich für die Rechte der palästinensischen Minderheit in Israel ein. Auch Adalah bietet kostenfreie Rechtshilfe an und betreibt intensive Öffentlichkeitsarbeit, um auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen. Im Unterschied zu den anderen NGOs ist es Adalah als Organisation mit Sitz in Israel möglich, selbst Fälle vor israelische Zivilgerichte und den obersten Gerichtshof zu bringen und den Staat und seine Institutionen wegen menschenrechtswidrigem Verhalten und Gesetzen anzuklagen. Von diesem Recht macht die NGO immer wieder Gebrauch und konnte einige Prozesse gewinnen. Viele diskriminierende Gesetze, die Adalah in Gerichtsprozessen zu bekämpfen versuchte, wurden von den israelischen Justizbehörden jedoch gutgeheissen und sind nun Teil der Gesetzgebung. www.adalah.org/en/

AB Ist die Tatsache, dass Beweise, vor allem Geständnisse, kaum anfechtbar sind, eine der grössten Herausforderungen für Anwält:innen, die palästinensische Gefangene vertreten?

SF Es ist sehr schwierig. Als Anwältin weiss ich zwar, dass ich im Grunde die Strategie verfolgen sollte, das gesamte Verfahren auszuschöpfen, Zeugen zu vernehmen, ein Kreuzverhör zu machen und so weiter. Aber was tut man, wenn man weiss, dass man damit für die Mandant:innen nichts herausholen kann? Wie können diese davon überzeugt werden, in den Zeugenstand zu treten, statt sich auf einen Vergleich einzulassen? Vor allem bei Kindern, wo man weiss, dass es Monate dauern

wird, wenn das Verfahren ausgeschöpft wird. Gleichzeitig kann man beispielsweise bei einem Kind beim ersten Mal sicher sein, mit sechs, sieben oder acht Monaten davonzukommen, wenn man sich auf einen Vergleich einlässt und zugibt, dass man Steine geworfen hat.

Samidoun (arabisch für die Standhaltenden) ist 2011 aus einem koordinierten Hungerstreik mehrerer palästinensischer politischer Gefangener in israelischen Gefängnissen entstanden. Die Organisation sieht ihre Aufgabe darin, das öffentliche Bewusstsein für die Situation palästinensischer politischer Gefangener zu schärfen. Dieses Ziel versuchen sie durch Kampagnen, die Ausrufung eines Solidaritätstages (am 17. April) und Veranstaltungen zu erreichen. Samidoun sieht die palästinensischen politischen Gefangenen an der Spitze des Befreiungskampfes. Jede Form politischen Handelns werde von Israels Praktik massenhafter Verwahrung von Palästinenser:innen in Gefängnissen kriminalisiert. Der Einsatz für die politischen Gefangenen sei nicht nur ein Beitrag zur Einhaltung der Menschenrechte, sondern auch zur Befreiung Palästinas. www.samidoun.net/de/

AB Eine Frage zum Widerstand: Wie boykottieren die Untersuchungshäftlinge von 2022 die Militärgerichte und was riskieren sie damit?

SF Zunächst ist zu erwähnen, dass es nicht das erste Mal ist, dass die Untersuchungshäftlinge das Militärgerichtssystem boykottieren. Sie haben dies bereits 2002 und 2014 getan. Es geht vor allem darum, den Druck auf die Militärgerichte und den Sicherheitsdienst aufrechtzuerhalten, damit sie die Administrativhaft reduzieren; gleichzeitig soll die Problematik dieser Politik aufgezeigt werden.

Natürlich hoffen die Gefangenen, dass sie damit das System vollständig ändern und Israel dazu bringen können, die Administrativhaft nicht mehr anzuwenden. Gleichzeitig wissen sie und wir Menschenrechtsanwält:innen und -organisationen, dass diese Boykottstrategie nicht ohne Weiteres zur Abschaffung der Administrativhaft führen wird. Wir wissen, dass es viel Druck braucht. Es braucht stärkere Mittel, um Israel zur Beendigung der Administrativhaft zu zwingen.

Seit 2021 haben aber andere Formen des Widerstands gegen die Administrativhaft durch individuelle Hungerstreiks deutlich zugenommen. Immer mehr Administrativhäftlinge wollen durch ihren Entscheid ein Signal setzen, weil sie eigentlich keine andere Wahl haben. Andernfalls warten sie einfach darauf, dass Militärkommandant:innen die Verlängerung der Administrativhaft entscheiden. Das ist sehr schwierig, denn es ist wirklich

eine psychologische Folter, verhaftet zu werden und nicht zu wissen, wann man wieder freigelassen wird. Deshalb entscheiden sich die Administrativhäftlinge für die Widerstandsform des Hungerstreiks. Nach einem langen Hungerstreik können sie zumindest davon ausgehen, dass der Sicherheitsdienst ein Haftende mitteilt, auch wenn sie nicht sofort freigelassen werden. Aber zumindest würde sich der Sicherheitsdienst verpflichten, den letzten Befehl zu geben und zu sagen: «Wir werden Sie nicht mehr überprüfen.»

Die boykottierenden Administrativhäftlinge wissen, dass es sehr gefährlich ist, jedem einzelnen Häftling zu überlassen, ob er/sie aus Widerstand gegen diese Politik in den Hungerstreik tritt, denn das hat gesundheitliche Folgen, ändert aber nicht die gesamte Politik. Es kann zwar zu deiner Freilassung führen, aber ändert nichts an der allgemeinen Politik. Deshalb sind sie darauf gekommen, sich gegen die Administrativhaft zu wehren, indem sie das Gericht boykottieren, aber sie machen auch andere Aktionen innerhalb der Gefängnisse. Sie weigern sich zum Beispiel, aufzustehen, wenn die Polizei in ihre Zelle kommt, um sie jeden Tag zu zählen. Sie bleiben auf ihren Betten sitzen. Auch das ist eine Aktion, um sich dem System zu widersetzen. Sie haben über einen kollektiven Hungerstreik nachgedacht, ihn aber wegen des politischen Diskurses, des Krieges in der Ukraine und der internen Spannungen aufgeschoben. Sie denken, es ist nicht der richtige Zeitpunkt für einen kollektiven Hungerstreik.

Für die Bewegung der palästinensischen Gefangenen war der Hungerstreik im Allgemeinen die wichtigste Form des Widerstands, die ernsthafteste, mächtigste und gefährlichste Form, die die Gefangenen bislang eingesetzt haben, um ihre wichtigsten Grundrechte innerhalb des israelischen Gefängnisystems durchzusetzen: Freizeit, Matratzen, sogar Familienbesuche – all die Rechte wurden durch eine langen Reihe von Hungerstreiks während vieler Jahrzehnte durchgesetzt.

Defense for Children International ist eine 1979 gegründete globale NGO, die sich für die Einhaltung der Kinderrechte, wie sie in der UN-Kinderrechtskonvention festgehalten wurden, einsetzt. Die Organisation hat ihren Sitz in Genf. Der palästinensische Ableger Defense for Children International Palestine (DCIP), wurde 1991 gegründet und hat seinen Sitz in Ostjerusalem. Der Fokus von DCIP liegt auf der Einhaltung der Rechte palästinensischer Kinder. Es verfolgt von der Mutterorganisation unabhängig Projekte, die dem Kontext in Israel und dem besetzten Gebiet angepasst sind. DCIP setzt sich unter anderem für die Rechte von Kindern in Gefangenschaft ein. www.dci-palestine.org

Kurzmeldungen

Mord an Journalistin und SRF-Berichterstattung

Am 11. Mai 2022 wurde Shireen Abu Akleh, Korrespondentin von Aljazeera in Palästina, beim Ausüben ihrer Tätigkeit in Jenin erschossen. Dies, obwohl sie als Pressevertreterin gekennzeichnet war und eine Schutzausrüstung trug. Die Tat löste im In- und Ausland grosses Entsetzen aus. Vielen Menschen in der arabischen Welt war die Reporterin seit Jahren bekannt. Immer engagiert und nah am Geschehen, berichtete sie über den Besatzungsalltag. Noch laufen Ermittlungen, Israel weist die Verantwortung für die Tötung durch Soldaten von sich, Videoaufnahmen belegen jedoch das Gegenteil. Ob der Fall von offizieller Seite je aufgearbeitet wird, sei dahingestellt.

tinyurl.com/4ev42zmf

Skandalös war teilweise die Berichterstattung durch das Schweizer Radio und Fernsehen. So übernahm ein SRF-Beitrag über das Begräbnis von Shireen Abu Akleh, bei dem die israelische Polizei brutal und würdelos gegen die Trauergäste vorging und in die Menge schoss, quasi die Darstellung der israelischen Polizei. Auch diese Vorfälle lösten international Empörung aus, eine interne Untersuchung der Israelis brachte zwar Fehler zutage, wurde aber folgenlos eingestellt.

tinyurl.com/366x5j5f

Rechtliche Erfolge

Das Palästina-Komitee Stuttgart konnte im April zwei grosse Erfolge vor Gericht erringen: Am 26.4.2022 entschied das Landgericht Stuttgart im Eilverfahren, dass die Kündigung eines Kontos bei der BW-Bank wegen BDS-Unterstützung unwirksam ist. Die Woche zuvor konnte es sich vor dem Verwaltungsgericht Stuttgart erfolgreich gegen die Löschung von der Website der Stadt Stuttgart wehren. Bei den Versuchen zur Behinderung der Tätigkeit des Komitees spielte jeweils der Druck rechtsextremer Kräfte, der AFD und des reaktionären Journalisten Benjamin Weinthal eine entscheidende Rolle.

In Berlin hat im Mai 2022 ein Gericht einen wichtigen Entscheid zugunsten der kritischen Berichterstattung und Forschung zu Israel gefällt. Anna Esther Younes, eine deutsch-palästinensische Wissenschaftlerin, wurde von offiziellen Stellen des Antisemitismus bezichtigt. Daraufhin wurden geplante Vorträge und öffentliche Auftritte abgesagt. Basierend auf dem Recht auf Information, wollte sie sich Zugang zu ihrem Dossier verschaffen, was ihr von den involvierten Stellen

jedoch verweigert wurde. Nun hat sich ein Gericht zugunsten der Wissenschaftlerin ausgesprochen und weist damit die pauschale Verleumdung von Personen, die sich kritisch mit Israel befassen, in Grenzen. Unterstützt wurde Younes vom European Legal Support Center ELSC, das sich in Europa für die Rechte von Palästinenser:innen einsetzt. Das ELSC betreibt eine Website und versendet einen Newsletter. Zum Ausbau seiner bislang meist erfolgreichen Rechtsvertretung ist das ELSC auf weitere Spenden angewiesen.

tinyurl.com/32bn35fv

Verschärfte Einreisebestimmungen

Die Ein- und Durchreisebestimmungen für das besetzte Gebiet werden verschärft. Die von der Coordination of Government Activities in the Territories (COGAT) veröffentlichten Bestimmungen schränken den Zugang zum besetzten Gebiet für Ausländer:innen, aber auch im Ausland lebende Palästinenser:innen ein. Administrative Hürden, komplizierte Antragswege, der Ausbau der digitalen Überwachung und die Willkür beim letztlichen Entscheid sorgen für Unsicherheit und Proteste. Besonders einschneidend wirken sich die neuen Bestimmungen, die ab Juli 2022 gelten sollen, auf den Uni-Betrieb aus – Kritiker:innen sprechen von einer massiven Einschränkung der akademischen Freiheit.

tinyurl.com/478sf3a5

Sieben Tote bei Protesten gegen Siedler-«Aussenposten»

Seit mehreren Jahren schon versuchen zionistische Fanatiker:innen, Land der palästinensischen Gemeinde Beita in Besitz zu nehmen, und haben auf deren Land einen neuen Aussenposten namens Evyatar eingerichtet. Nach bewährter Taktik wurden behelfsmässige Behausungen erstellt, eine Hütte wurde als Synagoge betitelt und das Gebiet wurde eingezäunt. Da das Vorgehen aufgrund laufender Verhandlungen nicht ins politische Programm der Regierung passte, wurde die rudimentäre Struktur für einige Zeit zum militärischen Sperrgebiet erklärt. Vor Kurzem konnten die Siedler:innen aber wieder in ihre Baracken zurückkehren. Die Proteste der Bevölkerung von Beita gegen den Raub ihres Landes wurden von der Armee mit Waffengewalt beantwortet. Bis Februar 2022 wurden sieben Protestierende getötet und rund 1000 vor allem durch Gummimantelgeschosse verletzt.

tinyurl.com/4e47sc6n

Kampagne Stopp Handel mit illegalen Siedlungen

Eine breite Koalition europäischer Organisationen hat eine Initiative lanciert und sammelt nun Unterschriften. Hier geht es zur Kampagne:

stopsettlements.org/coalition/

«Zeit der Verleumder» (2021)

Der Dokumentarfilm des Projekts Kritische Aufklärung von Dror Dayan und Susann Witt-Stahl, der sich mit der Instrumentalisierung von Jüd:innen, Judentum und der jüdischen Katastrophe insbesondere in Deutschland befasst, ist seit dem 12. Juni auf Youtube freigegeben.

youtu.be/A6gkY0eUPXgNeue

Geplante Zwangsräumungen in Masafer Yatta

Die Region Masafer Yatta liegt südlich von Hebron in der Westbank und ist die Heimat von über 2800 Menschen. Seit sie von Israel als Militärlagezone deklariert wurde, sind die Bewohner:innen von Zwangsräumung bedroht. Am 4. Mai 2022 hat das oberste Gericht in Israel dem Militär nun grünes Licht gegeben, die Einsprache der Betroffenen wurde abgewiesen. Gegen die Vertreibung gibt es eine internationale Kampagne. Unterstütze auch du die Menschen in Masafer Yatta:

savemasaferyatta.com

Von Zwangsräumungen und Hauszerstörungen sind viele Menschen in Palästina bedroht. Für Amnesty International mit ein Grund, weshalb das herrschende System in Palästina als Apartheid eingestuft wird. Auch Amnesty International hat eine Kampagne gegen diese Praktiken der illegalen Räumungen und Vertreibungen lanciert:

tinyurl.com/3yhsv3ys

Israel behindert Untersuchung von Kriegsverbrechen

Angeführt von der in Genf situierten Israel-Lobby-Organisation UN Watch, wird Navanethem Pillay, Südafrikanerin und ehemalige UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, mit Unterstellungen und Unwahrheiten diffamiert. Pillay wurde im Juli 2021 in die Independent International Commission of Inquiry on the Occupied Palestinian Territory, Including East Jerusalem, and Israel ernannt. Israel verweigert der Kommission jegliche Zusammenarbeit unter dem Vorwand, Pillay sei befangen, weil sie sich in ihrer früheren Funktion kritisch zur israelischen Politik geäußert hat. Gestützt auf ein 34-seitiges Dokument, fordert UN Watch Pillay auf, ihre Funktion in der Kommission niederzulegen.

tinyurl.com/mppddfms

Deutsche Radiostation entlässt arabische Mitarbeiter:innen

Die Deutsche Welle (DW), ein vom deutschen Staat finanzierter Radiosender, der auch in arabischer Sprache sendet, führte gegen mehrere arabische Mitarbeitende eine Untersuchung wegen angeblicher «israelfeindlicher» Äußerungen und «Antisemitismus» durch. Die jordanischen Journalisten Bassel Al-Aridi and Daoud Ibrahim sowie weitere drei Kolleg:innen wurden in der Folge entlassen. In einem Artikel der Süddeutschen Zeitung (SZ)

waren ihnen zuvor schon antisemitische Äußerungen in sozialen Medien vorgeworfen worden. Eine externe Untersuchung im Auftrag des Senders konnte den entsprechenden Verdacht zwar nicht bestätigen, doch eine von der Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, Sabine Leutheuser-Schnarrenberger (FDP), eingesetzte Kommission beharrte auf den Vorwürfen. Wie Recherchen von 972mag zeigen, sind die Entlassungen nicht nur arbeitsrechtlich inkorrekt, sondern die externe Untersuchung zeichnete sich durch extreme Intransparenz und Voreingenommenheit aus. Eine unrühmliche Rolle darin spielte der als Sachverständige zugezogene deutsch-palästinensisch-israelische Psychologe Ahmad Mansour, der sich mit Themen wie Islamismus und Antisemitismus profiliert, für seine antiislamischen Vorurteile aber zunehmend in Kritik steht.

senderfreiespalastina.de/pdfs/DW-alle-fragen-drehen-sich-um-israel.pdf

Erzbischof Desmond Tutu ist tot

Am 26. Dezember 2021 ist der südafrikanische Erzbischof Tutu gestorben. Die Trauerbekundungen in allen Medien waren überwältigend. Das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) schrieb: «Er war über den Befreiungskampf hinaus wichtig.» Andere nannten ihn das «Gewissen Südafrikas» oder «den ewigen Kämpfer gegen alle Formen der Apartheid». Nur die Tatsache, dass dieser Kirchenvertreter sich, genauso wie Nelson Mandela, nicht nur gegen die ehemalige Apartheid im südlichen Afrika engagiert hat, sondern auch Israel als Apartheid-Staat bezeichnete und kritisierte, blieb in aller Regel unerwähnt.

tinyurl.com/5b9keebb

Gerichtsentscheid zu Scheich Dscharrah

Ein israelisches Gericht hat die Vertreibung einiger der Familien im Ostjerusalem Stadtteil Scheich Dscharrah fürs Erste verschoben. Der Entscheid wird nach Einschätzung von Beobachter:innen vermutlich auch für 20 weitere Bewohner:innen gelten, die vorläufig vor der Beschlagnahmung ihrer Häuser verschont sind. Das Gericht wollte die Bewohner:innen zur Anerkennung des israelischen Eigentums an ihren Häusern drängen. Das neue Urteil überlässt den endgültigen Status des Eigentums der Entscheidung eines Büros im israelischen Justizministerium. Das Prozedere kann in einem für Israel günstigen Moment jederzeit wieder aufgenommen werden.

tinyurl.com/mrx57twx

AB Wie gross ist in rechtlicher Hinsicht der Handlungsspielraum im Vergleich zum politischen Aktivismus?

SF Addameer wurde während der ersten Intifada gegründet. Die Gruppe von Aktivist:innen, Anwält:innen, Menschenrechtsverteidiger:innen und ehemaligen Gefangenen, die Addameer gegründet hat, war immer der Meinung, dass man die juristische Gefangenearbeit nicht von politischem Aktivismus, Lobbyarbeit, öffentlichem Widerstand und anderen Bemühungen gegen die Besatzung trennen kann. Denn das Problem der Gefangenen hängt völlig mit der Präsenz der Besatzungsmacht und anderen schwerwiegenden Verstössen, die diese begeht, zusammen. Es sollte ein gemeinsamer Kampf sein. So haben wir unsere juristische Arbeit im Verhältnis zu unserer Lobby- und Advocacy-Arbeit entwickelt, sei es auf internationaler oder lokaler Ebene.

Bis heute versucht Addameer, die Gefangenen im Alltag zu unterstützen, indem wir sie in diesem System vor Militär- und Zivilgerichten in den Gefängnissen rechtlich vertreten. Wir wissen, dass wir uns davon nicht viel erwarten können. Wir wissen aber, dass es wichtig ist, innerhalb dieses Systems zu arbeiten, um die Fakten und Informationen, die wir in unserer täglichen Arbeit sammeln, in andere Aspekte unserer Arbeit einfließen zu lassen, um diesem System entgegenzutreten: in unserer Interessenvertretung und Lobbyarbeit, in unseren Bemühungen gegenüber der internationalen Gemeinschaft, mit Unterstützer:innen in aller Welt. Wie soll man über Folter, willkürliche Verhaftungen und all die Menschenrechtsverletzungen sprechen, wenn man sie nicht tagtäglich erlebt? Wir nehmen diese Informationen auf und versuchen, die Aufmerksamkeit der verschiedenen UN-Mechanismen darauf zu lenken.

Wir sind uns aber bewusst, dass selbst auf internationaler Ebene nicht ausschliesslich rechtliche Strategien angewendet werden sollten. Denn Veränderung geht von Aktionen und dem Aktivismus der Menschen an der Basis aus, nicht von politischen Führer:innen, nicht vom UN-System, nicht von internationalen Organisationen. Es tut mir leid, das sagen zu müssen, aber das ist die Realität. Der Wandel sollte von der Bevölkerung ausgehen. Deshalb war Addameer von Anfang an beteiligt an der Gründung der BDS-Bewegung. Wir waren uns sehr bewusst, dass die Macht, die von Massenaktionen der Bevölkerung ausgeht, das stärkere Werkzeug ist, um weltweit der Unterdrückung zu begegnen.

Der Fall der palästinensischen Gefangenen ist nicht losgelöst von dem, was in den Gefängnissen in anderen Regionen der Welt auf der Grundlage politischer Gefangenschaft geschieht, sei es in Nordirland, in Südafrika, sei es heute in den Vereinigten Staaten, der Türkei oder einem anderen

Kontext. Es sind die gleichen Strategien, die gleichen Methoden, die gleichen Motive, die die Unterdrückter:innen anwenden. Deshalb sollten wir uns den anderen in ihrem Kampf anschliessen, damit sie sich uns auch in unserem Kampf anschliessen können.

Sahar Francis begann 1996 als Freiwillige bei Addameer zu arbeiten und wurde 1998 fest angestellt. Bis 2006 arbeitete sie als Anwältin und wurde 2006 Direktorin. Sie begann ihre Arbeit jedoch bei der Society of St. Yves in Bethlechem. Dort beschäftigte sie sich mit Menschenrechtsfragen im Zusammenhang mit dem besetzten palästinensischen Gebiet (oPt), darunter Hauszerstörungen, Landenteignungen, Bewegungsfreiheit, Arbeitsrechte und Rechtsfälle in Bezug auf natürliche Ressourcen. Sie hat auch mit der Organisation Defense for Children zusammengearbeitet und führte in diesem Rahmen Besuche durch und hat Kinder vor Militärgerichten vertreten.

Nicht nur das Land, auch jede Hoffnung wird geraubt

Bereist man das besetzte Gebiet Palästinas und redet mit den Leuten, hört man immer wieder den Vorwurf, Israel sperre die vertrauenswürdigsten Politiker:innen systematisch ins Gefängnis. Regelmässig fällt in diesem Zusammenhang der Name von Marwan Barghouti. Von der liberalen israelischen Zeitung Haaretz über die New York Times bis zu Aljazeera-TV sind sich alle einig: Gäbe es derzeit Präsidentschaftswahlen in Palästina, würde er wohl gewählt.

Barghouti ist ein weltanschaulich säkularer Palästinenser, Mitglied des linken Flügels der Fatah-Partei, deren grösster Kritiker er selbst ist. Die Hamas, die sich in die Religiosität geflüchtet hat, kritisiert er gleichermassen. Der eigenen Partei und ihrer Führung wirft er Korruption und die Kollaboration mit Israel vor, der Hamas ihre bisweilen gegen die Zivilbevölkerung Israels gerichteten Anschläge. Er war lange Jahre eine führende Figur im Befreiungskampf des palästinensischen Volkes. An der ersten Intifada von 1987¹ und der zweiten im Jahr 2000² war er in leitender und moderierender Funktion beteiligt. Beide Volksaufstände wurden von der israelischen Armee brutal niedergeschlagen.

Wie in allen Befreiungskämpfen, die mit einer Besatzungsarmee konfrontiert sind, die auch tödliche Gewalt gegen unbewaffnete Rebellierende anwendet, ist bisweilen bewaffnete Gegenwehr unumgänglich. An solchen Aktionen, die durch das Internationale Recht ausdrücklich legitimiert sind, wenn sie sich gegen die Streitkräfte der Besatzungsmacht richten, war auch Barghouti beteiligt. Gewalt gegen israelische Zivilpersonen jedoch hat er stets abgelehnt und verurteilt. Er setzt sich vehement für einen echten Friedensprozess, ein Ende der Besatzung und die Etablierung eines selbständigen palästinensischen Staats ein. Dieser Kampf kann, wie er sagt, weder mit Waffen allein noch mit Diplomatie allein erfolgreich sein, sondern brauche eine Kombination von beidem. An Israel stellt er in einem von ihm initiierten «Gefangenenpapier» von 2006, das in der palästinensischen Bevölkerung breite

Zustimmung fand, folgende Forderungen: einen souveränen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 und das Rückkehrrecht der Vertriebenen. Dafür offeriert er den Verzicht auf bewaffnete Aktionen auf dem Gebiet Israels. Dem palästinensischen Volk verspricht er demokratische Rechte inklusive der Gleichstellung der Frauen.

Der Nelson Mandela von Palästina

Parallelen zu Südafrika gibt es nicht nur in Bezug auf die Realität der Apartheid, sondern auch darin, dass Israel hier einen der zentralen Vertreter:innen des Widerstands über Jahre in Gefangenschaft hält, wie einst Nelson Mandela.³ Am 15. April 2002 wurde Barghouti, damals Abgeordneter im palästinensischen Parlament, im Zuge der Belagerung des palästinensischen Regierungssitzes in Ramallah durch die israelische Armee verhaftet und verschleppt. Armeechef Shaul Mofaz hatte die Absicht, ihn zu «liquidieren», Verteidigungsminister Benjamin Ben-Eliezer wollte ihn lebend haben, um an ihm ein Exempel zu statuieren.

Nach seiner Verhaftung wurde er massiv misshandelt und in Verhören gefoltert. Die Anklage lautete auf Terrorismus. Der Vorwurf, Terrorist zu sein, blüht bekanntlich allen Freiheitskämpfer:innen. Auch Nelson Mandela wurde bis zu seiner Freilassung so betitelt.

Dass sich der Prozess um völkerrechtliche Bestimmungen focht und Barghoutis Status als Parlamentsabgeordneter⁴ missachtete, wurde vom Gericht ignoriert. Am 6. Juni 2004, bezeichnenderweise genau an seinem 45. Geburtstag, ging der medial begleitete Schauprozess zu Ende. Das Verdikt: fünfmal lebenslänglich plus 40 Jahre Gefängnis.

In der letzten Gerichtsverhandlung am 29. September 2003 prangerte Barghouti in einer einstündigen Rede auf Hebräisch den politischen Charakter seines Prozesses an und verweigerte sich danach weiteren Verhören.⁵ Er forderte Israel dazu auf, zwischen der Koexistenz mit einem palästinensischen Staat und der Koexistenz zweier Völker in einem einzigen Staat zu wählen und bekräftigte, weiterhin den Widerstand gegen die israelische Besatzung zu unterstützen.

Eine Chance für Palästina?

Die jahrzehntelange systematische Verhinderung jeder Lebensperspektive für Millionen eingesperrter, unterdrückter Menschen durch die Besatzungspolitik Israels hat, wie zu erwarten, zur Radikalisierung vieler Jugendlicher und zu Verzweiflungstaten geführt. Die gezielte Politik des jüdischen Staates führte auch zur Spaltung der palästinensischen Befreiungsbewegung und förderte religiös geprägte Gruppierungen wie Hamas oder den Islamischen Dschihad. Sie ist ausserdem eine der Ursachen für Korruption, die einen Nährboden findet, wenn Funktionsträger:innen angesichts der Ausweglosigkeit der Lage ihre persönliche Bereicherung ins Zentrum stellen.

Die Israelis wissen sehr gut, dass eine Befreiung Palästinas nicht möglich sein wird, solange der Zwist zwischen den Beteiligten anhält. Deshalb ist die Versöhnung der konkurrierenden Fraktionen für die meisten Palästinenser:innen das wichtigste Anliegen.

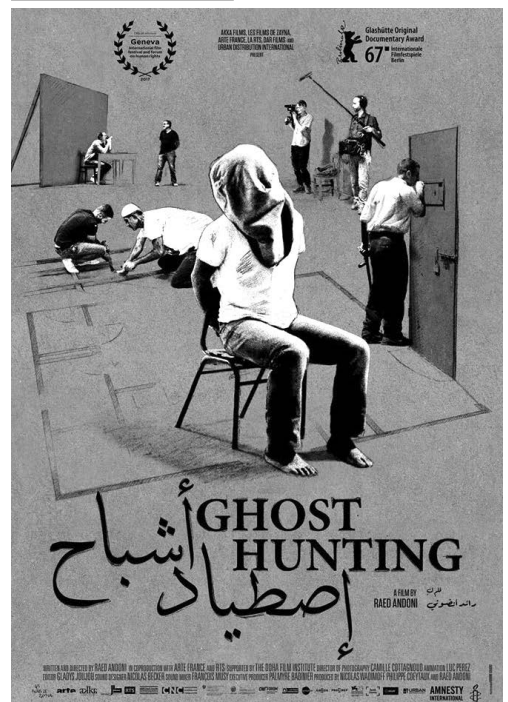
Kommt es zu Wahlen, werden die Menschen im besetzten Gebiet wohl entweder die als konsequent und weniger korrupt geltende Hamas wählen oder die von Barghouti zusammen mit Arafats Neffe Nasser Kidwa gegründete «Freiheitsliste».

Die vom greisen und durch nichts in seinem Amt legitimierten Mahmud Abbas und seiner Fatah-Entourage geführte «Autonomiebehörde» hat durch ihre Kollaboration mit den israelischen Militärs viel Vertrauen verspielt und eine wählbare vereinte linke Alternative besteht derzeit nicht. Will die Fatah von Abbas die Wahlen gegen Hamas nicht verlieren, wird sie darauf angewiesen sein, Barghoutis Liste zu unterstützen. Zuletzt jedoch hat Abbas den Wahltermin einmal mehr auf unbestimmte Zeit ausgesetzt und Israel hat auch kein Interesse daran, Wahlen zuzulassen.

Das Gefangenendokument wurde am 11. Mai 2006 verfasst und fordert unter anderem:

- einen unabhängigen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 (Westjordanland, Gaza-Streifen) mit Ostjerusalem als Hauptstadt,
- die Freilassung aller von Israel inhaftierter Palästinenser:innen,
- die Etablierung der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) als einzige Interessenvertretung der Palästinenser:innen,
- die Beschränkung des (gewaltsamen) Widerstands gegen die israelische Besatzung auf das 1967 besetzte Gebiet (Gazastreifen, Westjordanland),
- die Bildung einer nationalen Koalitionsregierung mit Fatah und Hamas,
- ein uneingeschränktes Rückkehrrecht für alle palästinensischen Flüchtlinge und deren Entschädigung,
- die Bildung einer «palästinensischen Widerstandsfront» als einheitliche Kampforganisation gegen die Besatzung,
- allgemeine, freie, demokratische und faire Wahlen zu Präsidentschaft, Legislative sowie Lokal- und Gemeindeverwaltungen,
- internationale Anerkennung der Illegalität der von Israel gebauten Mauer und der israelischen Siedlungen.

- 1 Die erste Intifada, auch Krieg der Steine genannt, brach im Dezember 1987 aus und wurde 1993 durch den «Oslo-Vertrag», mit dem der palästinensischen Seite eine Friedenslösung vorgegaukelt wurde, befriedet. Über 2000 Palästinenser:innen wurden im Zug dieses Volksaufstands von der israelischen Armee und Polizei getötet, Zehntausende verletzt.
- 2 Die zweite Intifada ab September/Oktober 2000 war die Folge von rund einem Dutzend Morden an Palästinenser:innen in Israel und dem besetzten Gebiet durch die israelische Armee und Polizei. Etwa 3500 Tote Palästinenser:innen war die blutige Bilanz.
- 3 Im Jahr 2013 wurde in Südafrika symbolisch in Nelson Mandelas früherer Zelle die «Robben Island Declaration» für die Freilassung von Barghouti veröffentlicht. Das Papier wurde von Erzbischof Desmond Tutu und anderen Veteran:innen des Kampfes gegen die Apartheid sowie dem ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter und mehreren Nobelpreisträgern unterzeichnet.
- 4 1996 wurde Barghouti als scharfer Kritiker von Jassir Arafats Appeasement-Politik in den Palästinensischen Legislativrat, das palästinensische Parlament, gewählt. Obwohl im Gefängnis sitzend, wählten ihn die Delegierten 2009 ins Zentralkomitee der Partei und er erhielt 2016 bei seiner Wiederwahl zwei Drittel der Stimmen.
- 5 Für juristisch Interessierte hier der Untersuchungsbericht der «Interparlamentarischen Union», einer von der UNO anerkannten Friedensorganisation, zum Fall Barghouti: archive.ipu.org/hr-e/174/report.htm.



DVD Coverbild von «GhostHunting».

Raed Andoni – Geisterjagd

Raed Andoni, bekannt für sehr persönliche filmische Auseinandersetzungen, hat 2017 einen Film zu seiner Zeit als Gefangener im Moscobiya-Gefängnis in Westjerusalem gedreht. Beim Schreiben des Drehbuchs, beim Führen der Regie und auch als Protagonisten stellen sich Andoni und die rund ein Dutzend anderen Mitspieler den Geistern ihrer Vergangenheit. Der Film gewann verschiedene Auszeichnungen in Berlin, Montreal und Kairo.

Andoni, mit 18 Jahren inhaftiert, erlebt Brutales und Verstörendes. In Ramallah sucht er Jahre danach per Zeitungsanzeige ehemalige palästinensische Insassen des Moskobiya-Verhörzentrums in Jerusalem, die Ähnliches erlebt haben und gemeinsam mit ihm das Gefängnis und den Alltag darin nachstellen. Der Film dokumentiert das Making-of der Kulisse und Szenen aus dem Gefängnis. Die meisten der Protagonisten waren sehr jung, als sie für Monate und zum Teil Jahre gefangen genommen wurden. In diesem Projekt finden sie sich zusammen und lassen sich auf ein Experiment ein, das sowohl ihre Erlebnisse nachstellt als auch sehr viel Raum für Verarbeitung lässt.

Das Projekt ist für alle eine Grenzerfahrung. Mit viel Fingerspitzengefühl und Humor leitet Andoni das Team an. Gestartet wird mit dem gemeinsamen Aufbau der Kulisse, was den Beteiligten ermöglicht, gegenseitiges Vertrauen zu bilden. Akribisch genau wird in den Erinnerungen gegraben, werden räumliche Details ausgelotet, Szenen nachgestellt, Erlebnisse geteilt und zu einem grossen ganzen, kollektiven Verständnis vereint. Bilder, Geräusche, Demütigungen und Träume von damals sind auch nach vielen Jahren präsent und wühlen die Männer auf. Einen respektvollen Umgang untereinander braucht es bei diesem intensiven Projekt, bei dem in wechselnden Rollen auch Folterszenen aus dem Gefängnis nachgestellt werden. Immer wieder ist die Verzweiflung, die Wut, aber auch der Überlebenswille in den Gesichtern der Männer zu lesen. Immer wieder kommt es aber auch zu Grenzüberschreitungen, die ein beklemmendes Gefühl hinterlassen. So etwa, wenn kulturelle Tabus berührt werden, die auch die Schauspieler aufwühlen, wie das Thema Homosexualität. Oder wenn in der

Rolle des Wärters Machtausübung und Identifikation kein Spiel mehr sind und die Situation zur Entschärfung und zum Schutze aller Beteiligten unterbrochen werden muss.

In Anlehnung an die Methoden des *Theaters der Unterdrückten* sind die Rollen durchlässig und austauschbar. In der Maske passiert die Verwandlung, die Männer beginnen zu spielen und erproben in den Szenen laufend neue Erzählstränge. Die Weiterführung einer Geschichte, das Ende eines Dialogs, alles kann geformt und mitgestaltet werden. Die Konversation zwischen den Betroffenen wirft Fragen auf, analysiert Situationen und ermöglicht einen Prozess der Transformation, der Ablösung aus der Opferrolle und der Neusortierung des Erlebten.

Die Frage steht im Raum, weshalb sich die Männer dies antun, weshalb sie diese traumatisierenden Erlebnisse am eigenen Körper wiederholen. Auch der Regisseur wird von seinen Schauspielern mit dieser Frage konfrontiert. Für viele mag es eine Erleichterung sein, die Erfahrungen mit Gleichgesinnten zu teilen. Gerade dieser Aspekt lässt einen beim Zuschauen etwas aufatmen. Im Film zeigen die ehemaligen politischen Gefangenen dank sehr persönlichen Einblicken, wie sie den Horror überlebt haben, Kraft schöpfen und trotz den Erinnerungen weiterleben. Am Ende werden auch ihre Familien zur Besichtigung der Installation eingeladen, dabei kommt auch eine soeben entlassene weibliche Gefangene zu Wort.

Die realitätsgetreue Dokumentation in *Geisterjagd* stellt eine wichtige Ressource dar, um öffentlich auf die Menschenrechtsverletzungen in Israels Gefängnissen hinzuweisen und gegen die willkürliche Verhaftung und Misshandlung von Palästinenser:innen vorzugehen. Gleichzeitig ist sie eine auch für die palästinensische Gesellschaft eher unkonventionelle Form der künstlerischen Aufarbeitung erlebter Traumata.

«Ghosthunting» kann auf Vimeo angesehen werden: vimeo.com/ondemand/ghosthuntingvod.

Filmvorführung in Basel

(engl., arab. mit deutschen Untertiteln)

Am Dienstag, 6. September, zeigen wir in Basel im Unternehmen Mitte, Safe-Raum den Film «Ghosthunting» nach einem Apéro aus Anlass der Neugestaltung des Palästina-Infos. Apéro: 19.00, Film 19.30 Uhr.

Siedlungs- marketing durch Lev Haolam

In der Schweiz ist seit einigen Jahren eine Organisation aktiv, die sich explizit zur Aufgabe macht, Produkte aus den völkerrechtswidrigen Siedlungen im Westjordanland zu vermarkten und politische Propaganda zu verbreiten.

Die Organisation Lev Haolam nennt als ihr Hauptziel die Bekämpfung der weltweiten Kampagne Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS), welche die Geschäfte der jüdischen Siedlungen im besetzten palästinensischen Gebiet behindert. Die zugehörige Firma Lev Haolam Judea & Samaria Ltd. verkauft ausschliesslich Waren, die aus diesen illegalen Siedlungen stammen. Das Siedlerprojekt hat Unterstützer:innen in aller Welt, auch in der Schweiz.

Lev Haolam ist eine Organisation der sogenannten «Hügeljugend», fanatischer, gewalttätiger Siedler:innen im besetzten Westjordanland, die zu einem grossen Teil aus den USA zugezogen sind.¹ Ihr Ziel ist nach eigenem Wortlaut, die «jüdische Souveränität» über das noch immer von Palästinenser:innen bewohnte Territorium zu erlangen, das sie «Judäa und Samaria»² nennen. Von der Regierung Israels wird die Bewegung mit Geld und Publizität unterstützt und gefördert. In der im Jahr 2000 zunächst als «Aussenposten» errichteten heutigen Siedlung Esh Kodesch wurde Lev Haolam 2013 gegründet. Ihren Sitz hat sie mittlerweile im riesigen Siedlungskomplex Kfar Etzion bei Hebron.

Der Organisation sind etwa ein Dutzend Siedlungen angeschlossen. Diesen gemeinsam ist, dass sie zunächst als wilde, illegale «Aussenposten» gegründet wurden, um später von der Regierung Israels «legalisiert» zu werden. Sie alle sind für regelmässige gewalttätige Übergriffe auf die ansässigen Palästinenser:innen bekannt, wie nachfolgende Beispiele zeigen:

Aus Esh Kodesch, wo heute ganze sechs mehrheitlich aus den USA eingewanderte Familien leben, kamen israelischen Medien zufolge die Mörder des 18 Monate alten Ali Dawabschah, seiner Mutter Raham und seines Vaters Saad, die im benachbarten palästinensischen Dorf Duma am 31. Juli 2015 einem Brandanschlag auf ihr Wohnhaus zum Opfer fielen.

Aus der Siedlungen Shvut Rachel nahe der palästinensischen Ortschaft Jalud kam Jack Teitel, ein 37 Jahre alter US-Amerikaner, der 2009 von einem israelischen Gericht zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde, weil er den palästinensischen Taxichauffeur Samir Billbisi und den beduinischen Schafhirten Isaa Mousa'af Mahamada ermordet, vor allem aber, weil er auch tödliche Anschläge auf friedensbereite Juden/Jüdinnen wie Prof. Zeev Sternhell vorbereitet hatte.

Auch die Miliz der Siedlung Itamar³ nahe der palästinensischen Stadt Nablus ist bekannt dafür, willkürlich auf palästinensische Zivilist:innen zu schiessen. Mehrere Palästinenser:innen sind in den vergangenen Jahren dabei zu Tode gekommen, darunter Muhammad Suliman Az-Zalmut (70), Farid Musa Issa Nasasrah (28), Hani Bani Maniya und sein Bruder Fouad, Sa'il Mustafa Ahmad Jabarah, Salah Qawariq (18) und Muhammad Qawariq (19).

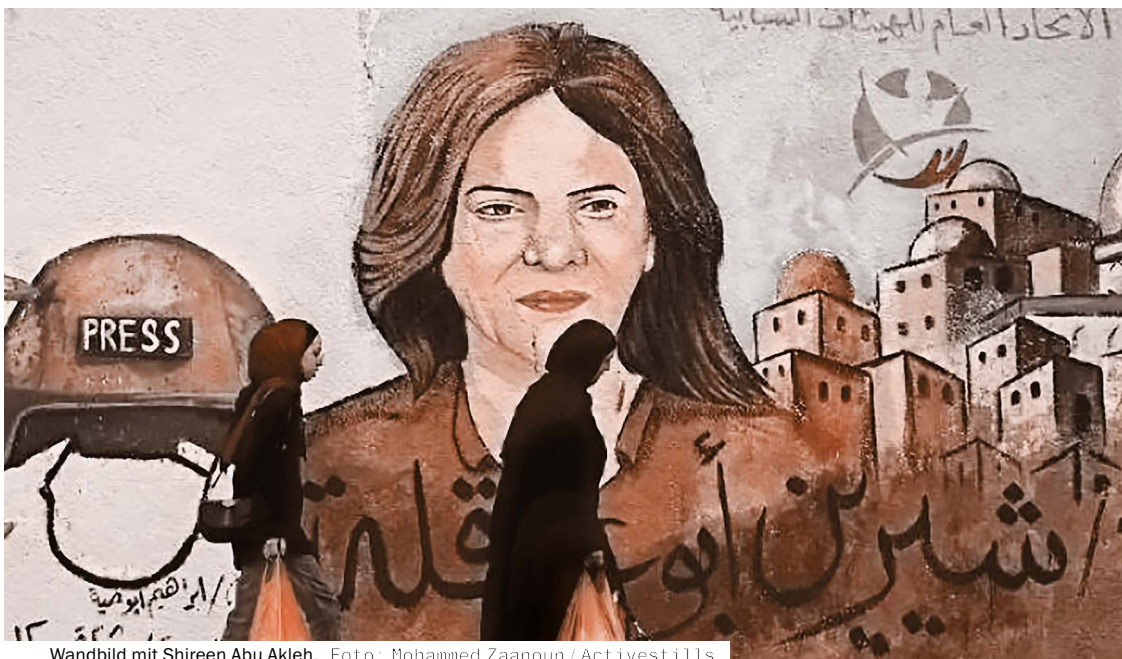
Von der Siedlung Kochav Hashachar nahe der palästinensischen Ortschaft Deir Jarir aus werden regelmässig Oliven- und Mandelbäume palästinensischer Bäuer:innen angezündet und ihr Ackerland wird beschlagnahmt.



Wandbild mit Hungerstreikendem Maher al-Akhras. Foto: Ashraf Amra / APA Images



Wandbild mit Marwan Barghouti. Foto: Oren Ziv / Activestills



Wandbild mit Shireen Abu Akleh. Foto: Mohammed Zaanoun / Activestills

Dem Verbund der Siedlungen gehören auch Elon More bei Nablus, Rehaim bei der Ortschaft Al Sawiya und Rimonia bei Taybeh an.

Das Geschäftsmodell

Lev Haolam bedeutet übersetzt – ziemlich im Kontrast zum Charakter des Verbundes – «Herz der Welt». Ihr Slogan lautet: «Wenn sie [BDS] Hass verbreiten, antworten wir mit Liebe.» Die zugehörige Firma betreibt, wohl im Sinne dieser «Liebe», einen Versandhandel in alle Welt. Zu einem überbelegten «Solidaritätspreis» von 99 Dollar können Pakete mit Honig, Schokolade, Tee, Olivenöl, Gewürzen, getrocknetem Obst oder Gemüse, Hautcremen, Schmuck und handgemachtem Kunsthandwerk – alles Waren aus den angeschlossenen Siedlungen – im Abonnement bestellt werden.

Diese Ware wird auch en gros exportiert, zudem Wein und Olivenöl in Flaschen. Sie werden von prozionistischen, meist evangelikal-konservativen Kreisen in den USA, der EU und auch hierzulande auf den Markt gebracht. In der Schweiz erfolgt der Verkauf unter dem Label «Abrahams Fairtrade» auf verschiedenen Märkten mit einem zum Verkaufsmobil umgebauten Wohnwagen der Firma «Isratrade and Travel». Der Wein kommt in der Regel aus dem annektierten Golan, das Olivenöl der Marke «Tura» aus der erwähnten Siedlung Rehaim. Beide werden entgegen geltenden Vorschriften als «Made in Israel» verkauft.⁴ In Basel liegt der Stützpunkt von «Isratrade» im «Haus der Bibel», einer evangelischen Buchhandlung.

Die Unterstützer:innen

Nebst einigen prozionistischen Lobbygruppen sind es vor allem rechtskonservative Kreise, die die Kampagnen und die Ziele von Lev Haolam unterstützen. Der Sprecher von Lev Haolam, Nati Rom, wird insbesondere von der Partei Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU) – der Nachfolgeorganisation der fremdenfeindlichen Nationalen Aktion, später Schweizer Demokraten – in der Schweiz an Podien eingeladen, um für seine Anliegen zu werben.⁵

Publizistische Unterstützung leistet die Israel-Lobbygruppe «Audiatur» des Medienunternehmers Sacha Wigdorowitz. Auch eine Unzahl evangelikaler Gruppen unterstützen das Unternehmen und rufen dazu auf, Waren aus den illegalen Siedlungen zu kaufen.⁶

Es ist offensichtlich die Absicht dieser Kreise, die geltenden Deklarationsbestimmungen für Waren aus dem besetzten Gebiet zu unterwandern. Da Zionist:innen dieses Gebiet zu Grossisrael zählen, lassen sie die Konsument:innen bewusst im Unklaren darüber, woher ihre Produkte tatsächlich stammen.

Und wo ihnen aufgrund dieser Umstände Verkaufsmöglichkeiten verwehrt werden wie jüngst in der Markthalle in Basel, sind sie schnell mit dem Vorwurf der Diskriminierung zur Hand und werfen, sekundiert von israelfreundlichen Medien, den Verantwortlichen Antisemitismus vor.⁷

- 1 Sie sehen sich als koloniale Pionier:innen und leben den Traum der Landnahme nach dem Muster Nordamerikas des 18. Jahrhunderts, als dort die indigenen Ureinwohner:innen bekriegt, in «Reservate» gezwungen und – wenn sie sich nicht unterordnen wollten – vernichtet wurden.
- 2 Von Anhänger:innen des Konzepts Grossisrael (Erez Israel) wird das Westjordanland im Süden als «Judäa» und im Norden als «Samaria» bezeichnet. Diese Sprachregelung hat kürzlich auch die Basler Zeitung übernommen, als sie der Organisation grossen Raum für Selbstdarstellung bot (siehe Fussnote 7). Die Rede ist auch vom «Kernland Israels» und das Ziel ist «jüdische Souveränität» über dieses Gebiet.
- 3 Das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA) registrierte eine überdurchschnittlich hohe Zahl an gewaltsamen Übergriffen von Einwohner:innen aus Itamar gegenüber Palästinenser:innen, Beschädigung von Eigentum, Behinderung der Olivenernte und Diebstahl von Oliven. Das von zwei Aussenposten dieser Siedlung flankierte kleine palästinensische Yanun musste zeitweise aufgegeben werden, nachdem die Dorfbewohner:innen wiederholt von bewaffneten Banden angegriffen wurden, ohne dass die israelische Armee eingriff. Die meisten Bewohner:innen verliessen 2002 den Ort und siedelten in das nahegelegene Dorf Aqraba um.
- 4 Siehe www.srf.ch/news/international/made-in-israel-gilt-nicht-eu-muss-lebensmittel-aus-besetzten-gebieten-kennzeichnen.
- 5 Die EDU hat 2018 unter anderem beim Bundesrat eine Petition für die Verlegung der Schweizer Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem eingereicht.
- 6 Siehe Worldwide wings, www.worldwidewings.de/lev-haolam-heute-einen-unterschied-machen/#kursteile, Tröste mein Volk, troestetmeinvolk.ch oder Yeshua yeshua.at/server/articles/view/135.
- 7 Siehe www.bazonline.ch/als-er-sagt-dass-sein-oel-aus-israel-kommt-wird-er-ausgeladen-820525138271.

Buchempfehlungen im Jahr 2022

Helga Baumgarten, eine der kompetentesten Nahost-Expertinnen, bringt uns mit ihrem Buch «Kein Frieden für Palästina» (Promedia, ISBN 978-3-85371-496-6) auf den neusten Stand der Dinge um das Land. Die Autorin resümiert die geschichtlichen Ereignisse ab 1947 und vermittelt dabei einige interessante Erkenntnisse aus neu freigegebenen Archiven. An Baumgartens Texten beeindruckt die Sachlichkeit und Nüchternheit, mit der sie die Ereignisse und die involvierten Akteur:innen analysiert und die Fakten ordnet. So charakterisiert sie nicht nur die politischen Kräfte im militärisch besetzten Gebiet, sondern erklärt auch, wie es zu unterschiedlichen Machtkonstellationen kam und welche strukturellen Bedingungen zu vielen der Entschiede führten. Sie beantwortet etwa folgende Frage: Wer ist für die Eskalation des Konflikts verantwortlich, wenn am Tag der Unterzeichnung eines langfristigen Waffenstillstands, im November 2012, der Verhandlungsführer aus Gaza von einer israelischen Rakete getötet wird? Da das Buch einen Gesamtüberblick des Konflikts gibt, spricht es auch Menschen an, die sich bisher wenig mit der Geschichte Palästinas auseinandergesetzt haben.

Muriel Aseburg greift in ihrem Buch mit dem Titel «Palästina und die Palästinenser. Eine Geschichte von der Nakba bis zur Gegenwart» (Beck, ISBN 978-3-406-77477-5) weiter zurück und beginnt mit der Vorgeschichte des Konflikts, ausgehend von der Balfour-Deklaration von 1917. Ihr thematischer Einstieg dazu ist vielsagend: «Ein britischer Aussenminister verspricht einem britischen Zionisten den Aufbau eines Staates in einem Gebiet, in dem zu über 90 Prozent Nichtjuden leben.» Besonders interessant ist die Passage, in der sie auf die Reaktionen der arabischen Seite eingeht – Appelle an den Völkerbund beispielsweise, die bei der Behandlung des Nahostkonflikts oft als sture Ablehnung aller Vorschläge eingeordnet werden. Im Fazit weist sie darauf hin, dass Palästina heute ein Land ist, das faktisch kaum mehr in zwei Staaten aufgeteilt werden kann. Im Anhang werden mehrere palästinensische Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Wissenschaft porträtiert und es finden sich eine Chronologie zur Geschichte Palästinas sowie ergänzend Buch-, Film- und Website-Empfehlungen.

«Das ist Palästina ... ist das Palästina?» von **Henriette Hanke Güttinger** (Eigenverlag, ISBN 978-3-033-08597-8) und «Eine Geige für Palästina» von **Pia Tschupp** (ISBN 978-3-033-07742-3) erzählen von den Erlebnissen der Autorinnen als Menschenrechtsbeobachterinnen in Palästina im Auftrag des Kirchenrates.

Beide Bücher haben den grossen Reiz des Authentischen. Was die beiden Frauen berichten, ist das, was sie konkret erlebt haben, und benötigt keine Interpretation. Güttinger eröffnet ihr Buch mit einem Vorwort von Ilan Pappé, Pia Tschupp mit einem von Jochi Weil. Beide Bücher sind mit meist selbst aufgenommenen Bildern versehen und in deren Anhang findet sich umfangreiches Kartenmaterial, meist aus dem Fundus der UNO-Organisation OCHA, sowie je eine Literaturliste. Güttinger stellt eine Anzahl palästinensischer Gedichte wie auch mehrere dokumentierte Fälle von Menschenrechtsverstössen vor, Tschupp führt auf den letzten Seiten eine interessante Liste aller illegaler Siedlungen im besetzten Gebiet auf.



Die gesamte «Geschichte Palästinas in Bildern», gratis Download (in 5 Sprachen). Die Kurzversion ist geeignet für Schulen, Vorträge usw. www.imparalavita.ch/deu/palastine_history.html

SUM OUD

Naturbelassenes Olivenöl aus
Palästina

750 cl - Flasche / CHF 21.00

olivenöl@sumoud.ch

Apartheidanalyse: Nicht mehr zu ignorieren

Nach so vielen Jahren, in denen das zionistische israelische Narrativ vorherrschte, erleben wir heute eine wichtige Veränderung. Die Analyse Israels als Apartheidregime wird nun auch von grossen Menschenrechtsorganisationen akzeptiert.

In den Jahren 2021/22 haben Human Rights Watch, B'Tselem, Yesh Din und Amnesty International Berichte über die israelische Apartheid veröffentlicht. Und erst kürzlich hat der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte im besetzten palästinensischen Gebiet (oPT), Michael Lynk, eindeutig erklärt, dass Israel dort eine Politik der Apartheid betreibt.¹ Lynk bestätigt, dass sich die israelische Apartheid auf die Praktik des Siedlerkolonialismus stützt, und ruft die Staaten dazu auf, «ein diplomatisches Menü aus Massnahmen zur Rechenschaftspflicht» zusammenzustellen. Schliesslich empfiehlt er die Wiedereinsetzung des Sonderausschusses der Vereinten Nationen gegen Apartheid.

2017 veröffentlichten Richard Falk und Virginia Tilley einen Bericht für die Wirtschafts- und Sozialkommission der Vereinten Nationen für Westasien (UNESCWA), der bestätigte, dass Israel gegenüber allen Palästinenser:innen eine Politik der Apartheid betreibt, ob sie nun im oPT, in Ostjerusalem, Israel oder in der Diaspora leben. Damals zwang israelischer, US-amerikanischer und europäischer Druck UN-Generalsekretär Antonio Guterres, den Bericht von der UN-Website zu entfernen. Unterdessen hat sich der Diskurs geändert.

Jeder dieser Berichte hat jedoch seine Grenzen: Der von B'Tselem geht nicht auf die Frage der palästinensischen Flüchtlinge ein, Human Rights Watch behauptet, dass die israelische Apartheid erst unter Präsident Trump begonnen hat, und Amnesty International nimmt keine Stellung zur Frage des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser:innen, da es sich dabei um eine «politische Frage» handle. Lynks Mandat war auf die Untersuchung der Situation im besetzten Gebiet beschränkt.

Kräfte messen in der UN

Für die Palästinenser:innen und diejenigen, die ihre Forderungen nach Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung unterstützen, war es ein langer Weg, die Charakterisierung von Israel als Apartheidregime zu erreichen. Das rasche Durchsetzen von wirtschaftlichen, akademischen, kulturellen und sportlichen Boykotten nach dem tödlichen Angriff Russlands auf die Ukraine macht die Heuchelei und Doppelmoral der sogenannten internationalen Gemeinschaft deutlich, denn die Boykottforderungen gegen Israel führen in vielen Ländern (wie etwa den USA, Kanada, England, Deutschland, Frankreich und Österreich) weiterhin zur Unterdrückung von Gruppen und Aktivist:innen, die sie unterstützen.

1975 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen nach einer Debatte über die Beseitigung von Rassismus und Rassendiskriminierung die Resolution 3379², die den Zionismus als eine Form von Rassismus und Rassendiskriminierung beschreibt. Die Resolution wurde von ehemaligen Kolonien in Afrika und Südostasien sowie vom Sowjetblock massiv unterstützt, während die Mehrheit der Länder des globalen Nordens dagegen waren. Aufgrund des enormen Drucks von Israel und seinen Verbündeten, allen voran den USA, hob die UN-Generalversammlung die Resolution 1991 auf.

Im Jahr 2001 erkannte die UN-Konferenz gegen Rassismus in Durban, Südafrika, den Kolonialismus und die daraus resultierenden Massaker, die Sklaverei und die Diskriminierung indigener Völker als eine Form des Rassismus an, die bis heute andauert. Diese Anerkennung ist der grossen Mobilisierung der betroffenen Bevölkerungen zu verdanken, die vom südafrikanischen Staat und zahlreichen NGOs unterstützt wurde, wobei Letztere am Rande der Konferenz ein Forum mit etwa 10 000 Teilnehmenden organisierten. Dieses Forum forderte, dass die zahlreichen Resolutionen und Expertenempfehlungen der UNO endlich umgesetzt werden. In Bezug auf Palästina waren dies insbesondere die Resolution 242 für den sofortigen Rückzug Israels aus dem besetzten Westjordanland, Jerusalem, Gaza und den Golanhöhen sowie die UN-Resolution 194, in der die Rückkehr und Entschädigung vertriebener palästinensischer Flüchtlinge gefordert wird. Das Forum forderte ausserdem die Wiedereinführung der UN-Resolution 3379, in der festgehalten wird, dass der Zionismus eine Form von Rassismus, Imperialismus und Apartheid ist.

Die NGO-Konferenz verabschiedete eine Abschlusserklärung, die sich nur teilweise in der Erklärung der UN-Konferenz in Durban widerspiegelte. Ein Aspekt der Abschlusserklärung, der nur teilweise übernommen wurde, ist die rassistische Diskriminierung der Palästinenser:innen durch den israelischen Staat. Die Regierungsvertreter:innen erkannten zwar an, dass die Palästinenser:innen Opfer von Rassismus sind, aber sie gingen nicht darauf ein, dass die Ursache dieser Diskriminierung ein rassistisches Staatsverständnis und ein Apartheidsystem sind.

Neuer UN-Ausschuss gegen Apartheid

Trotz aller Schwächen ist klar, dass das Völkerrecht ein Instrument ist, das wir nutzen müssen. Aus diesem Grund begrüsst das Palästinensische Nationalkomitee (BNC) die Schlussfolgerungen des Lynk-Berichts. Es unterstützt als ersten Schritt die Europäische Bürgerinitiative zur Beendigung jeglichen Handels mit illegalen Siedlungen im besetzten Gebiet (siehe Kurzmeldungen) sowie die Wiedereinsetzung des UN-Sonderausschusses gegen Apartheid, eine Forderung, die von der palästinensischen Zivilgesellschaft und von führenden internationalen Persönlichkeiten, insbesondere aus dem Süden, weitgehend unterstützt wird. Diese Berichte müssen wir in unseren Reden, in unserer Arbeit in den sozialen Medien, in unserem Austausch mit Unternehmen wie Migros, Coop, BioSuisse und anderen nutzen. In unserem Austausch mit politischen Parteien, insbesondere mit der SP Schweiz und den Grünen, müssen wir diese dazu bewegen, die völkerrechtlich garantierten Rechte der Palästinenser:innen anzuerkennen und für die notwendigen Massnahmen zur Beendigung des israelischen Apartheidregimes einzutreten.

2014 sagte Richard Falk bei einer Veranstaltung in Genf, das Völkerrecht sei ein grossartiges Instrument für die Palästinenser:innen, um ihre Menschenrechte zu gewährleisten. Für sich allein habe das Völkerrecht aber nicht die Mittel zur Durchsetzung seiner Einhaltung. Falk betonte, dass «die beste Chance, palästinensische Selbstbestimmung zu erreichen, darin besteht, Druck durch die Mobilisierung der Basis auszuüben».

Als Aktivist:innen wissen wir, dass diese Berichte ohne die jahrelange Unterstützung der Basis in Palästina und im Ausland, ohne jahrelange Kampagnen auf lokaler und internationaler Ebene nie zustande gekommen wären. Diese Kampagnen sind unerlässlich, um der Propaganda der israelischen Apartheid entgegenzuwirken.

Medienreaktionen auf den Amnesty-Bericht

In der Deutschschweiz stösst einigen der Bericht von Amnesty sauer auf. Sie sind schockiert über die Verwendung des Begriffs Apartheid. Ein Überblick über die Rezeption in den Medien.

Ausgewogenere Berichte (z.B. Tagesanzeiger) gehen auf die Inhalte der Studie ein und berichten danach über die erwartungsgemäss negative Reaktion der israelischen Regierung oder jüdischer Vertreter:innen. Interessant ist jener Teil der Medien, die zwar die Erkenntnisse des Berichts zusammenfassen, sich dann aber am Begriff Apartheid stossen und behaupten, er bediene den «strukturell verankerten Antisemitismus» (z.B. die WoZ). In der Begründung werden alte Klischees wie die angebliche Dämonisierung Israels oder angeblich doppelte Standards herangezogen. Susanne Brunner in SRF widmet viel Gewicht der Frage, «warum ausgerechnet jetzt» und «warum ausgerechnet den einzigen jüdischen Staat», bleibt aber die Antwort

schuldig, inwiefern der Zeitpunkt der Veröffentlichung die darin enthaltene Analyse entkräften würde.

Richtiggehend alarmiert zeigt sich der Blick, wo der Schriftsteller Lukas Bärfuss den Begriff Apartheid als «Donnerhall» bezeichnet, der all die inhaltliche Kritik an der israelischen Politik «unhörbar» mache – eine Kritik, die er im Übrigen mit der Behauptung vom Tisch wischt: «Es gibt keine gesetzliche Diskriminierung der nicht-jüdischen Bevölkerung.» Noch deutlicher die NZZ, die wie gewohnt ihre Sympathie zum israelischen Staat unter Beweis stellt und einer ehemaligen Beraterin des israelischen Verteidigungsministers Benny Ganz das Wort gibt. Diese äussert Mitleid mit den Menschen, «die wirklich unter Apartheid gelitten haben» – ungeachtet der Tatsache, dass viele Südafrikaner:innen zu den schärfsten Kritiker:innen der israelischen Apartheid gehören und sich solidarisch für die Palästinenser:innen einsetzen. Gemeinsam ist den alarmistischen Medien, dass sie Amnesty unterstellen, damit die Sicherheit der Jüd:innen aufs Spiel zu setzen.

In einem empfehlenswerten Interview in der Republik³ mit dem Direktor der israelischen NGO B'Tselem, die selbst zu einer ähnlichen Analyse gekommen ist, betont Hagai El-Ad, dass die Stimmen, die sich nun über Amnesty empören, inhaltlich auf die Kritik des Berichts gar nicht eingehen. Die Verwendung des Antisemitismusvorwurfs durch die israelische Regierung gehört für ihn zum Standardrepertoire, um Kritik abzuwehren. Zur Frage, ob die Bezeichnung von Israel als Apartheidregime nicht von jüdenfeindlichen Kräften instrumentalisiert werden kann, ist er dezidiert: Eine klare Distanzierung von allfälligen jüdenfeindlichen Aussagen ist für ihn selbstverständlich. Gleichzeitig findet er es essenziell wichtig, sich an Fakten, an die Wahrheit zu halten und diese klar zu kommunizieren. Den vielzitierten Vorwurf, die Apartheid-Analyse stelle das Existenzrecht Israels infrage, findet er unverschämt. Worum es geht, ist, die Apartheid zu überwinden, die Besatzung zu beenden, Gleichheit, Frieden und gleiche Rechte für Jüd:innen wie Palästinenser:innen durchzusetzen. An den Schluss stellt er die Frage: «Wenn ein Staat sich im Kern von der Forderung nach Gleichheit bedroht sieht, was sagt das über diesen Staat?»

- 1 bdsmovement.net/news/outgoing-un-rights-expert-calls-boycott-and-senderfreiespalaestina.de/pdfs/das-ist-apartheid-michael-lynck.pdf.
- 2 United Nations General Assembly Resolution 3379 - English (1975), [ecf.org.il/media_items/1395](https://www.ecf.org.il/media_items/1395).
- 3 www.republik.ch/2022/03/11/egal-wie-sie-es-drehen-und-wenden-es-ist-apartheid.

→ Zum Bericht von Amnesty: tinyurl.com/msmj85bc

IHRA-Definition gemäss Bund und Presserat nur bedingt brauchbar

Die von israelfreundlichen Organisationen gepushte IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus fällt in der Schweiz bei Regierung und Presserat durch. Ein Dämpfer auch für das forsche Lobbying israelfreundlicher Organisationen und Medien.

Im Juli 2021 erteilte der Schweizer Presserat dem Onlineportal Primenews eine Rüge, weil es die BDS-Bewegung in einem Artikel als antisemitisch bezeichnet und historisch im Dritten Reich verortet hatte. Daraufhin forderte der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) empört eine Aussprache mit dem Presserat. Sekundiert wurde er von israelfreundlichen Medien wie Audiatur, einer Plattform für Medienlobbying, und der NZZ. Als Begründung verwies der SIG unter anderem auf den kurz zuvor vom Schweizer Bundesrat veröffentlichten Bericht zum Nutzen der Arbeitsdefinition zu Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Tatsächlich äussert sich die Regierung darin jedoch sehr zurückhaltend zur Anwendbarkeit dieser Definition. Dem Bericht des Bundesrats zugrunde liegt ein 94-seitiges Rechtsgutachten, das ausführlich auf die Kritik an der Definition selbst und deren missbräuchliche Anwendung zur Einschüchterung von Kritiker:innen der israelischen Politik eingeht. Das Gutachten verweist auch auf die von zahlreichen renommierten Persönlichkeiten aus der Holocaust- und Antisemitismusforschung erarbeitete «Jerusalem Declaration», die sich explizit als Alternative zur unbrauchbaren IHRA-Definition versteht.¹ Zudem wird die Notwendigkeit des Schutzes der Meinungsfreiheit, insbesondere im Kontext von Kritik an der israelischen Politik, betont.

Wider besseres Wissen behaupteten also SIG und nahestehende Medien, der Bundesratsbericht widerspreche dem Entscheid des Presserats. Letzterer wies die Forderung von Primenews nach Wiedererwägung des Falls zurück, traf sich aber zu einem Austausch mit SIG-Vertretern. Und beschloss, seine Stellungnahme noch einmal vor dem Hintergrund des Bundesratsberichts zu überprüfen, da für ihn neben dem Journalistenkodex auch Richtlinien des Bundes, sofern vorhanden, massgeblich sind.

Im Februar 2022 bestätigte der Presserat seine ursprüngliche Rüge an Primenews. Hinzugefügt ist ein Absatz zum Bundesratsbericht und zur IHRA-Definition. Der Presserat schreibt, er erachte diese «als nur bedingt taugliches Instrument für die journalistische Praxis». Zum Leidwesen von SIG und Audiatur, die darin eine «Einschätzung mit möglicher Signalwirkung für die Schweizer Medienlandschaft sehen» und dem Presserat in polemischer Zuspitzung unterstellen, er könne tatsächlichen Antisemitismus nicht erkennen. Sie schreiben: «Ausserdem ist es sehr fraglich, in welchem Kontext der Aufruf zur Tötung von jüdischen Menschen oder die Leugnung der Schoah für den Presserat nicht antisemitisch sein sollen.»

Gefangen in ihren eigenen Vorurteilen, halten SIG und israelfreundliche Medien an den Angriffen auf BDS fest. Die Basler Zeitung verbindet dies in einem kürzlich erschienenen Artikel mit einer klaren Übernahme der israelischen Diktion, wenn sie eine illegale Siedlung in «Samaría» unter «Aufsicht einer israelischen Regionalverwaltung» verortet statt im völkerrechtlich besetzten palästinensischen Gebiet. Die NZZ konstatiert im Zusammenhang mit der Rüge des Presserats: «Der Damm bröckelt überall» und belegt die angeblich antisemitische Ausrichtung von BDS mit Unwahrheiten wie der Behauptung, BDS boykottiere israelische oder jüdische Kulturschaffende und Akademiker:innen, attackiere Holocaustüberlebende und wende gegenüber Israel einen doppelten Standard an.

Zweifellos sind Journalist:innen gefordert, sich mit dem hochsensiblen Thema Antisemitismus zu befassen, das auf der einen Seite politisch instrumentalisiert wird, um Israelkritik abzuwehren, und auf der anderen Seite in seinen alltäglichen konkreten Erscheinungsformen unterbelichtet bleibt. Umgekehrt sind Akteur:innen der Zivilgesellschaft gefordert, sich der Auseinandersetzung mit Medien zu stellen und sich von ungerechtfertigten Antisemitismusrwürfen und polemischen Zuspitzungen in ihrer Arbeit für die Durchsetzung von Menschenrechten nicht einschränken und einschüchtern zu lassen.

1 Zur IHRA-Definition haben wir mehrfach berichtet. Siehe dazu auch www.jerusalemdeclaration.org.

→ Stellungnahme des Presserats: presserat.ch/complaints/44_2021
→ Bericht des Bundesrats zur Antisemitismus-Definition: www.news.admin.ch/news/message/attachments/66987.pdf
→ Juristische Analyse der Arbeitsdefinition: tinyurl.com/nk3e4fb9

AFZ: Eine dynamische Kampagne

Was im 20. Jahrhundert in Südafrika inakzeptabel war – die Apartheid –, ist heute in Israel ebenso inakzeptabel. Eine internationale Kampagne stellt die Verbindung zwischen verschiedenen Formen der Unterdrückung her. In der Westschweiz beteiligen sich bereits zahlreiche Kollektive und alternative Orte daran.

Die internationale Kampagne Apartheid Free Zones (AFZ) soll einen Beitrag zur Überwindung des israelischen Apartheidregimes leisten. Die Erklärung zur Apartheidfreien Zone bedeutet ein grundsätzliches Bekenntnis zu gleichen Rechten aller Menschen und fördert die Schaffung von Räumen für proaktive internationale Solidarität, frei von Rassismus und Diskriminierung, Herrschaft und Unterdrückung. Die Schaffung einer AFZ ist ein Signal zugunsten gleicher Rechte für alle in Israel/Palästina (und anderswo) lebenden Menschen, unabhängig von ihrer ethnischen, religiösen oder kulturellen Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer Geschlechtsidentität und sexuellen Orientierung. Eine von israelischer Apartheid freie Zone zu sein, ist nicht nur eine Grundsatzerklärung gegen Rassismus und ein Akt der Solidarität, sondern hat auch konkrete Auswirkungen: diese Apartheid des 21. Jahrhunderts für alle sichtbar zu machen und öffentlichen Druck auf Institutionen und Unternehmen auszuüben, damit sie aufhören, sich an der Aufrechterhaltung der israelischen Apartheid mitschuldig zu machen.

In der Schweiz haben Ende 2019 Aktivist:innen aus unterschiedlichem Hintergrund, darunter BDS, die sich einig sind in ihrer Verurteilung der israelischen Apartheid, in einer Ad-hoc-Gruppe versammelt, um in Genf die AFZ-Kampagne zu lancieren. Während des Corona-Lockdowns arbeitete die Gruppe die Schweizer AFZ-Erklärung aus, bereitete Kampagnenmaterial wie ein Argumentarium und FAQs aus und erstellte eine Liste möglicher AFZs. Im März 2021 wurde die Kampagne mit einem Onlinemeeting lanciert. Mit dabei war Yara Hawari, eine der ständigen Analytistinnen des palästinensischen Netzwerks Al Shabaka (das Video kann auf der Schweizer AFZ-Website angesehen werden). Heute gibt es in Genf über 70 AFZ, Treffpunkte, Kulturzentren, Vereine, NGOs, Gewerkschaften, Läden, Kinos und Cafés, die sich der Schweizer Erklärung Apartheid Free Zone angeschlossen haben.

In Lausanne ist die Kampagne mit fünf AFZ ebenfalls im Entstehen. Wir hoffen, sie bald auch in anderen Städten und Regionen lancieren zu können.

Die Website www.apartheidfree.ch bietet auf Deutsch und Französisch reichlich Informationsmaterial zur Kampagne.

Bildet AFZ, Zonen frei von israelischer Apartheid! Nehmt mit uns Kontakt auf!

Schweizer Erklärung «Apartheid Free Zone» (gekürzt)

Wir erklären uns zu einer Apartheid Free Zone, einer Zone frei von israelischer Apartheid.

Wir weigern uns, mit dem Apartheidregime zusammenzuarbeiten, das die israelische Regierung über alle Palästinenser:innen (Flüchtlinge, in Israel oder dem besetzten palästinensischen Gebiet lebend) errichtet hat. [...]¹

Nach dem Beispiel der internationalen Solidarität, die mit zum Sturz des Apartheidregimes in Südafrika beigetragen hat, stellen wir unsere Solidarität in den Kampf, der das Apartheidregime in Israel überwinden wird!

1 Für die vollständige Erklärung siehe: www.apartheidfree.ch.



Wandbild zum Ausbruch aus dem Gilboa-Gefängnis. Foto: Majdi Fathi